

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Nationalismus heute: Wahrheit tut weh, BdV-Präsidentin Steinbach klagt

3

„Kopftuchdebatte“ in entscheidender Phase

7

Schulen mit beschränkter Haftung – Bremen plant Umbau des Schulwesens

12

Tarifabschluss Metall: Tariflicher Dammbbruch verhindert

16

Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken für den 8./9. Mai nach Rom einberufen – Dokumente

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto.-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

LANGZEITARBEITSLOSE. Bisheriger Stand war, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen soll beim Bund liegen, aber Kommunen und Landkreise können sie übernehmen. Unklar war aber die Finanzierung. Nach Presseberichten haben sich Wirtschaftsminister Clement (SPD) und Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) inzwischen auf einen Vorschlag geeinigt. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am 21. Februar, dass durch eine Änderung des Grundgesetzes direkte Zuwendungen des Bundes an die Kommunen ermöglicht werden sollen. Die *Süddeutsche Zeitung* weiter: „Die Hilfeleistung an die Arbeitslosen erstattet der Bund komplett. Die Kosten für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt über Seminare und andere Programme setzten Clements Experten pro Arbeitslosem bei rund 8000 Euro an. Allerdings gingen sie davon aus, dass im Jahresschnitt nur ein Viertel aller Langzeitarbeitslosen sich in solchen Maßnahmen befindet und auch nur für diesen Teil das Geld bezahlt werden soll. Die Union fordert einen deutlich höheren Prozentsatz. Die Pauschalen für die Verwaltung waren unstrittig.“

Bislang sind die Kommunen skeptisch, ob die versprochene Entlastung bei der Sozialhilfe eintreten wird. Verschiedene Großstädte haben unabhängig von der Parteirichtung des jeweiligen Oberbürgermeisters errechnet, dass sie höhere Kosten erwarten.

NACHHALTIGKEITSFAKTOR. Der Sozialverband Deutschland SoVD hat anlässlich einer Anhörung zum Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz seine Bedenken geäußert: „Wir lehnen den Nachhaltigkeitsfaktor entschieden ab. Die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors bedeutet, dass der Gesetzgeber das Rentenniveau frei bestimmen kann. Das ist das Einfallstor für weitere Rentenkürzungen. Der Grundsatz, dass die Rente den Lebensstandard sichert, darf nicht aufgegeben werden. Der Nachhaltigkeitsfaktor führt aber auf lange Sicht dazu, dass viele Versicherte nur noch eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhalten.“

Völlig inakzeptabel ist auch der geplante Wegfall der Anrechnungszeiten für schulische Bildung und Studium. Damit konterkariert die Bundesregierung ihr eigenes Ziel, den Bildungsstandort Deutschland stärker zu fördern. Für einen Durchschnittsverdiener mit 45 Versicherungsjahren kann diese Regelung eine Rentenkürzung von bis zu 5 % ausmachen (ca. 59 Euro monatlich in den alten und 52 Euro in den neuen Bundesländern). Mehr als zwei Jahre müsste ein Durchschnittsverdiener länger arbeiten und in die Rentenversicherung einzahlen, um diese Kürzung wieder auszugleichen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht zu verwirklichen.“

ARBEITSZEITKONTEN sind bei Arbeitnehmern unbeliebt. Das haben Forscher des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) in einer Studie herausgefunden. Demnach werden Arbeitszeitkonten von den Beschäftigten bisher nur sehr zögerlich genutzt. Zeitkonten beruhen auf dem Prinzip, Mehrarbeit anzusparen, die später als Freizeit entnommen werden kann. Zum Problem würden Zeitkonten für die Beschäftigten in Phasen starker Arbeitsbelastung.

„Arbeitszeitkonten bringen für die Beschäftigten neue und schwer kalkulierbare Risiken mit sich“, erklärt Eckart Hildebrandt, ein Autor der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Der Alltag gerate dann unter einen enormen Organisations- und Gestaltungsdruck. Flexible Arbeitszeitmodelle führten daher weder automatisch zu höherer Zeitsouveränität noch zu höherer Lebensqualität. Die Folge: Die Mehrheit der Beschäftigten halte weiterhin an geregelten Arbeitszeiten fest. Zwar benötigen die Arbeitnehmer gelegentlich Flexibilität (zum Beispiel bei der Krankheit von Kindern), ansonsten geben sie aber einem eher stabilen Arbeits- und Lebensrhythmus den Vorzug.

Auch das Freizeitverhalten sei weiterhin eng an traditionelle Zeitmuster angelehnt, vor allem an das Wochenende. Arbeitszeitkonten würden nach Meinung der Forscher zudem ein Karriererisiko bergen. Wer geforderte Mehrarbeit ablehne, riskiere einen Rückschritt auf der Karriereleiter. Wie stark Zeitkonten in Zukunft genutzt werden, hänge deshalb auch von der Arbeitszeitkultur in den Unternehmen ab.

ANTIDISKRIMINIERUNG: Bei einem Fachgespräch zur „Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien in deutsches Recht“ sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kerfer: „Beispiele wie das der Kosmetikfirma Titania in Wuppertal, die keine Türkinnen einstellen will, oder der Modekette Takko, die alle Beschäftigten über 50 auf die Straße setzen will, zeigen: Diskriminierung findet überall und zu jeder Zeit statt. Die Umsetzung der EU-Richtlinien darf sich nicht in politischer Symbolik erschöpfen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, unabhängige Gleichbehandlungsstellen mit regionalen Anlaufstellen zu schaffen und einer von den Sozialpartnern paritätisch besetzten Gleichbehandlungskommission. Dies fordert auch die EU. Für eine neue Antidiskriminierungskultur müssen auch Gewerkschaften, Verbände und Institutionen eingebunden werden. Sie sollten im Fall von Diskriminierung das Recht haben, Klage zu erheben. Sanktionen in einem Antidiskriminierungsgesetz müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Wahrheit tut weh, BdV-Präsidentin Steinbach klagt

Am 27. Februar, kurz nach Redaktionschluss dieser Ausgabe der PB, wird die Zivilkammer des Hamburger Landgerichtes ein folgenschweres Urteil gefällt haben. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Frau Erika Steinbach, hat die Journalistin Gabriele Lesser verklagt. Frau Lesser soll bei Androhung eines ruinösen Zwangsgeldes verboten werden, Frau Steinbach Argumente gegen das von ihr geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ vorzuhalten, die in Polen gang und gäbe sind. Folglich äußert sich in der polnischen Öffentlichkeit Entrüstung. In einem offenen Brief stellt eine Reihe von Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten publizistisch für deutsch-polnische Verständigung eingesetzt haben, fest, die beklagte Journalistin habe in den deutschen Presse „auch den polnischen Standpunkt dargestellt und vertreten“.

Ein Gerichtsurteil zu Gunsten von Frau Steinbach würde bedeuten, dass in der Diskussion um das „Vertreibungszentrum“ Argumente der polnischen Seite vom deutschen Markt der Meinungen in ihrer Verbreitung stark behindert, wenn nicht gar ausgeschlossen wären. Setzt sich eine solche Tendenz in der Rechtsprechung der BRD durch, rüttelt das an den Grundfesten des Zusammenlebens in Europas. Hier hat eine Journalistin der deutschen Öffentlichkeit berichtet, wie deutsche Politik im direkt betroffenen Ausland ankommt. Ohne solche Informationen aus der internationalen Umwelt kann die BRD-Gesellschaft ihr politisches Handeln gar nicht anders als nationalistisch, d.h. auf sich selbst bezogen entwickeln. Nun sind aber die kulturellen Barrieren zwischen den Gesellschaften Europas nach wie vor hoch. Da ist nicht nur aus anderen Sprachen zu übersetzen, da sind auch die mündlich und schriftlich tradierten spezifischen geschichtliche Erfahrungen wechselseitig zu begreifen, ganz abgesehen von der Belastung durch entsetzliche politische Verbrechen. Weil andererseits die tatsächlichen arbeitsteiligen Beziehungen der Weltgesellschaft so intensiv geworden sind, ist Verständigungsarbeit an diesen Grenzen existenznotwendig. Die Klage von Frau Steinbach und des Bundes der Vertriebenen zielt auf eine Schwachstelle der ohnehin schwach entwickelten internationalen Diskussionskultur.

Wie kann der BdV, wie kann Frau Steinbach und wie kann ihre anwaltliche Vertretung hoffen, ein Gericht zu finden, das in diese Kerbe schlägt? Ist das nicht ausgeschlossen? Leider nicht.

Die Fakten der BdV-Politik in Sachen „Vertreibungszentrum“ sind bekannt. Die öffentliche Hand soll viel Geld ausschütten, um eine spezifische Deutung von Geschichte zu unterstreichen, die ... und hier gehen die Probleme dann schon an. Die Fakten reichen in diesem Fall zur Beurteilung nicht. Sie sind in gewisser Weise sogar uninteressant. Hier geht es um die strategischen Intentionen, um die Politik, die mit dieser Setzung eines Symbols gefördert oder betrieben werden soll. Es geht um das, was erreicht werden soll, und um das, was dafür in Kauf genommen wird.

Da das, was erreicht werden soll, in der Zukunft liegt, ist es nicht mehr als eine Hoffnung dessen, der handelt. Von dieser Hoffnung oder Erwartung kann der Handelnde reden oder schweigen. Er kann sich irren oder sich und andere belügen.

Die Öffentlichkeit, die ein symbolisches Handeln sieht, kann sich Gedanken und den Akteuren Vorwürfe machen. Aber wenn die Akteure versichern, dies und das läge nicht ihre Absicht, dann wird es schwierig. Um so schwieriger, wenn den Akteuren etwas Ehrenrühriges unterstellt wird. Sie können sich auf ihre Persönlichkeitsrechte berufen. Jemand, der seine wahren Absichten zu verschleiern weiß und eine geschickte Rechtsberatung hat, kann erreichen, dass es nicht möglich ist, seine Absichten, von denen alle Welt weiß, öffentlich greifbar zu machen.

Der BdV hat sein Projekt durch den deutschen Bundestag geschleppt. Da gewiss nicht alle Abgeordneten, die dem Plan zustimmen, die politischen Ziele der Vertriebenenverbände, ihre Tradition, ihr politisches Umfeld kennen oder teilen, besteht jetzt eine Situation, in der die Träger des Vorhabens verschiedene Intentionen haben dürften. Das ist ein bekannter Trick, der nur auffliegt, wenn die Initiatoren durch irgendwelche Umstände genötigt werden, ihre Intentionen selbst offen zu legen.

Was bleiben für Möglichkeiten? Zur Beurteilung der Intention einer Meinungsäußerung ist nicht nur wichtig, was der Urheber damit meint, sondern auch, wie sie in einem gegebenen gesellschaftlichen Umfeld ankommt. Wenn zum Beispiel der in diesem Fall begrifflich strapazierte gebildete Durchschnittsleser aus der Politik des Vertriebenenverbandes und aus der breiten Argumentation der Frau Steinbach den Eindruck gewinnen muss, dass hier die Berechtigung der Nachkriegsordnung bezweifelt wird, dann muss Frau Steinbach hinnehmen, dass ihr die Folgen im Einzelnen vorge-

Offener Brief:

Solidarität mit Gabriele Lesser

(Übersetzung aus dem Polnischen)

Die deutsch-polnische Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ währt schon ein paar Jahre. In diesem Meinungsstreit fehlte es nicht an kritischen Stimmen und scharfen, zum Teil ungerechten Formulierungen. Bislang verfiel aber keiner der Wortführer auf die Idee, zur Durchsetzung seiner Argumente einen Gerichtsprozess anzustrengen.

Daher hat uns die Nachricht erstaunt und empört, dass der Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Vorsitzende Erika Steinbach die in Warschau lebende Korrespondentin Gabriele Lesser gerichtlich belangen wollen. Die Journalistin, die der Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ kritisch gegenübersteht, hatte in der deutschen Presse auch den polnischen Standpunkt dargestellt und vertreten.

Nachdem wir die Vorwürfe gegen Gabriele Lesser kennen gelernt haben, können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass das eigentliche Anliegen Erika Steinbachs und des Bundes der Vertriebenen darin besteht, an Gabriele Lesser ein Exempel zu statuieren: nicht nur ihr soll der Mund verboten werden, sondern allen potentiellen Kritikern, die einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust-Mahnmal in Berlin und dem ebenfalls in Berlin geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ sehen wollen, und die der Meinung sind, dass der Bund der Vertriebenen zunächst seine eigene Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen kritisch überprüfen sollte.

Wenn also Erika Steinbach darauf besteht, Gabriele Lesser vor Gericht zu bringen, soll sie den Mut haben, auch uns zu verklagen. Denn auch wir stehen den BdV-Aktivitäten, die die deutsch-polnischen Beziehungen in zunehmendem Maße schädigen, sehr kritisch gegenüber.

- Wladyslaw Bartoszewski, Vorsitzender des Internationalen Auschwitz-Rates und eh. Auschwitz-Häftling, Außenminister a.D. der Republik Polen
- Marek Beylin, Leiter des Ressorts Meinung der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“
- Pater Adam Boniecki, Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“
- Włodzimierz Borodziej, Historiker, Professor an der Universität Warschau
- Marcin Bosacki, Leiter des Ressorts Ausland der „Gazeta Wyborcza“
- Piotr Buras, Publizist, wiss. Mitarbeiter am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- Krzysztof Burnetko, Leiter des Ressorts Politik der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik“

nik Powszechny“

- Marek A. Cichocki, wiss. Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau
- Marek Edelman, letzter noch lebender Kommandant des Warschauer Ghetto-Aufstands im Frühjahr 1943
- Pater Marek Gancarczyk, Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Gosc Niedzielny“, Kattowitz
- Konstanty Gebert, Publizist, Gründer der jüdischen Monatszeitschrift „Midrasz“
- Bronislaw Geremek, Außenminister a.D. der Republik Polen
- Jaroslaw Gowin, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Znak“, Rektor der Europäischen Jozef-Tischner-Hochschule Krakau
- Jerzy Haszczyński, Leiter des Ressorts Ausland der Tageszeitung „Rzeczpospolita“
- Jozefa Hennelowa, stellv. Chefredakteurin der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“
- Jerzy Holzer, Historiker, Direktor des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- Jerzy Kranz, Botschafter a.D. der Republik Polen in Berlin, stellv. Außenminister a.D. der Republik Polen
- Zdzislaw Krasnodebski, Publizist, Professor an der Kardinal-Wyszynski-Universität Warschau und an der Universität Bremen
- Marcin Krol, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Res Publica Nowa“, Professor an der Universität Warschau
- Adam Krzeminski, Publizist des Nachrichtenmagazins „Polityka“
- Maciej Lukasiewicz, Chefredakteur der „Rzeczpospolita“, Warschau
- Tadeusz Mazowiecki, erster nicht-kommunistischer Ministerpräsident Polens nach 1989; ehemaliger Chefredakteur der Monatszeitschrift „Wiez“
- Adam Michnik, Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“, Warschau
- Zbigniew Nosowski, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Wiez“, Warschau
- Rafal Pankowski, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Nigdy Wiecej“ [Nie wieder], Warschau
- Piotr Pazinski, Chefredakteur der jüdischen Monatszeitschrift „Midrasz“, Warschau
- Wojciech Pieciak, Redakteur der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“
- Janusz Reiter, Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau
- Slawomir Sierakowski, Chefredakteur der Zeitschrift „Krytyka Polityczna“, Warschau
- Adam Szostkiewicz, Redakteur des Nachrichtenmagazins „Polityka“
- Bella Szwarcman-Czarnota, Redakteurin der jüdischen Monatszeitschrift „Midrasz“
- Roza Thun, Präsidentin der Polnischen Schuman-Stiftung
- Wojciech Wiczorek, eh. Chefredakteur der Monatszeitschrift „Wiez“, erster nicht-kommunistischer Botschafter der Republik Polen in Ost-Berlin (1990)
- Stefan Wilkanowicz, stellv. Vorsitzender des Internationalen Auschwitz-Rates, eh. Chefredakteur der Monatszeitschrift „Znak“
- Anna Wolff-Poweska, Direktorin des West-Instituts, Posen
- Jacek Wozniakowski, eh. Präsident des Verlags „Znak“, Professor an der Katholischen Universität Lublin
- Danuta Zagrodzka, Publizistin der „Gazeta Wyborcza“
- Juliusz Zychowicz, Übersetzer, seit den 60er Jahren ehrenamtlicher Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen in Polen

Quelle: www.hagalil.com/aktuell/index.htm

halten werden, und dass ihre Beteuerungen, all das läge nicht in ihrer Absicht, nicht glaubwürdig sind.

Hier kommt die Nachricht aus Polen ins Spiel. Repräsentanten der öffentlichen Meinung Polens bezeugen hat, dass mit den beklagten Äußerungen eine Journalistin in der deutschen Öffentlichkeit „auch den polnischen Standpunkt darstellt und vertreten“ habe. Es wäre für die Zukunft in Europa dramatisch, wenn das Gericht in Hamburg dieses Zeugnis abtäte. Die Frage der Beurteilung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ wäre damit der deutschen Nation vorbehalten, die darin nicht durch Meinungen Betroffener gestört werden dürfte.

Eine solche nationalistische Treibhausatmosphäre entwickelt sich in der BRD tatsächlich, und auch das müsste das Gericht konstatieren. So meldet die Rechtspresse, hier die *Welt am Sonntag*, am 21. Februar, dass sich „wöchentlich Dutzende“ bei einer Organisation namens „Preußische Treuhand“ melden, die „ehemaligen Besitz in Polen und anderen östlichen Nachbarländern zurückhaben“ wollen. Geplant sind Klagen beim Europäischen Gerichtshof.

Diesen Artikel zum Zentrum gegen Vertreibungen und der Diskussion in Polen, nahm Frau Erika Steinbach, Vorsitzende des BdV, zum Anlass für ihre Klage gegen die Journalistin Gabriele Lesser.

Angst, Hass und verzweifelte Gegenwehr in Polen:

Mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ fing alles an

aus Warschau Gabriele Lesser

Reparationen. Lange hat man das Wort nicht mehr gehört. Nun ist es wieder auf dem Tisch. Eine Billion Dollar seien die Deutschen den Polen schuldig. Die Rechnung sei bis heute offen, schreibt das Nachrichtenmagazin Wprost auf seiner Titelseite. In einer Fotomontage reitet Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), auf Bundeskanzler Gerhard Schröder. Sie trägt die Uniform des Sicherheitsdienstes mit Hakenkreuz-Armband und lacht triumphierend.

So empörend das Bild auf den ersten Blick wirkt, so genau drückt es doch die Ängste im Nachbarland aus. Ängste, die in Deutschland nur zu gerne weggewischt werden. „Die sollen sich mal nicht so haben, die Polen. Haben sie die Deutschen vertrieben, oder haben sie sie nicht vertrieben? Na, also!“, heißt es oft. Oder: „Wenn die Polen in die EU wollen, müssen sie auch unsere westlichen Werte akzeptieren.“ Das ist ganz im Sinne von Erika Steinbach. Heutzutage müsse man keine Bomber mehr nach Polen schicken, um den Polen klarzumachen, was „west-

So ist doch klar, dass die Befürchtungen in der öffentlichen Meinung Polens nicht nur geschichtlich zu begründen sind, was doch eigentlich ausreichen sollte, sondern auch noch in aktuellen politischen Umtrieben in der BRD Anlass finden.

Distanziert sich der BdV in allen seinen Gliederungen von solchen Umtrieben? In keiner Weise. Frau Steinbach ist nicht eine Einzelperson. Sie ist Verbandsfunktionärin. Sie steht in einem politischen Tradition und in aktuellen Zusammenhängen, die ihre Äußerungen interpretieren. Sie muss sich Kritik gefallen lassen.

Die bundesdeutsche Presse hat sich in diesen heiklen Fall in ihrem behäbigen Strom nicht stören lassen. Sie müsste sich nicht nur mit der deutsch-polnischen Nachbarschaft Auseinandersetzung, sondern auch damit, dass der deutsche Bundestag mit großer Mehrheit einer BdV-Intrige auf den Leim gekrochen ist. Zum Glück hat die unabhängige Internetzeitung *hagalil.com* sich der Sache angenommen. – Am 27.2. ist, wie gesagt, die Verhandlung vor dem Hamburger Landgericht. Wir berichten weiter. *maf*

liche Werte“ seien, erklärte sie vor ein paar Jahren. Es reiche ein Veto in Brüssel. Polen könne nicht in die EU aufgenommen werden, wenn sie nicht zuvor die deutschen Vertriebenen für ihre Verluste im Osten entschädigen und damit deren „Wunden heilen“ würden. Tue Polen dies nicht, werde es ein giftiger „Eiterherd“ im Körper der EU bleiben.

Der BdV hat nie die Grenzen zwischen Polen und Deutschland anerkannt. Er hat auch nie Mitgefühl für die polnischen Vertriebenen gezeigt, über deren Vertreibung die Alliierten 1945 genauso entschieden wie über die Vertreibung der Deutschen. Die Friedensbotschaft der polnischen katholischen Bischöfe von 1965 blieb bis heute ohne Antwort der Vertriebenen. Mit dem Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ hatten sie bereits vor über 40 Jahren die Hände zur Versöhnung ausgestreckt.

Doch alles, was der BdV und seine Vorsitzende Erika Steinbach den Polen anzubieten hatte, waren Hass und Verachtung. Als der Bundestag 1999 beschloss, in Berlin ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, zu errichten, forderte Erika Steinbach, dass auch die deutschen Vertriebenen ihr Mahnmal in Berlin bekommen müssten. Und tatsächlich beschloss der Bundestag letztes Jahr, dass es ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geben solle. Die Deutschen hätten ein Recht, auch der „eigenen Opfer“ zu gedenken. Dass dies für die Polen und die meisten Europäer ein Rückfall der Deutschen in die Nazi-Diktion ist, braucht nicht zu wundern. Denn die deutschen Juden wurden mit den Nürnberger Gesetzen ausgeschlossen „aus dem deutschen Volk“. Bis heute gehören sie im Ge-

Geschichtsrevision mit Hilfe des Gerichts?

Der Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Präsidentin haben eine in Warschau lebende Korrespondentin verklagt, die in ihren in Deutschland publizierten Artikeln das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ und den destruktiven Einfluss Erika Steinbachs auf deutsch-polnische Beziehungen kritisiert hatte.

Unter anderem hatte Gabriele Lesser im August 2003 einen Kommentar zu den polnischen Reaktionen auf das geplante „Zentrum“ an ihre Redaktionen in Deutschland schickt, in dem sie schrieb: „Das Zentrum gegen Vertreibungen wird ein Denkmal des Hasses für die junge Generation sein.“ Und: „Es kann nicht sein, dass die Vertriebenen, so verständlich ihr individuelles Leid ist, die deutsch-polnische Versöhnung der letzten zehn Jahre in eine neuen Hass-Dialog verwandeln. Denn – wo soll das alles enden?“ Zunächst forderte der Anwalt Steinbachs die Journalistin auf, eine Erklärung zu

dächtnis der deutschen nicht zu den „eingenen Opfern“.

Auch an die von den Nazis vertriebenen und ermordeten „Untermenschen im Osten“ soll im Zentrum gegen Vertreibungen nur in Wanderausstellungen erinnert werden. In einer Gedenkrotunde hingegen sollen die Deutschen Gelegenheit haben, um die untergegangenen deutschen Städte in Schlesien, Pommern und Ostpreußen zu trauern. Die Gedenkrotunde erinnert an die Trauerhalle in der Gedenkstätte Yad Vashem, wo Juden aus aller Welt um die ausgelöschten jüdischen Gemeinden in ganze Europa trauern.

Das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibungen weckt in Polen nicht nur Ängste, sondern provoziert zu purer Deutschenhetze. So schlecht waren die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen schon seit Jahren nicht mehr. „Das Zentrum gegen Vertreibungen dient nicht der Versöhnung“, sorgt sich inzwischen auch der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski. Noch deutlicher wird Bronislaw Geremek, der ehemalige Außenminister Polens: „Das Zentrum gegen Vertreibungen wird ein Denkmal des Hasses für die junge Generation sein.“ Der Vater Geremeks, ein Rabbiner, wurde von den Deutschen in Auschwitz ver-gast.

Die verantwortlichen Politiker in Berlin müssen endlich handeln. Es kann nicht sein, dass die Vertriebenen, so verständlich ihr individuelles Leid ist, die deutsch-polnische Versöhnung der letzten zehn Jahre in einen neuen Hass-Dialog verwandeln. Denn – wo soll das alles enden?

<http://www.hagalil.com/archiv/2004/02/zentrum-gegen-vertreibungen.htm>

unterschreiben, in der sie sich verpflichten würde, einige ihrer kritischen Äußerungen über das „Zentrum“ und über Erika Steinbach in Zukunft zu unterlassen, weil diese angeblich nicht der Wahrheit entsprächen. Lesser weigerte sich. Mit der nächsten Post bekam sie die Klage und eine Vorladung zum Gerichtstermin. Den „Streitwert“ haben Steinbach und ihr Anwalt auf 60.000 Euro festgelegt.

Dabei geht es v.a. um zwei Punkte: Lesser soll untersagt werden zu behaupten, dass es eine Verbindung zwischen dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ und dem in Bau befindlichen Holocaust-Mahnmal in Berlin gibt. Genauer, dass das „Zentrum“ als Pendant zum Holocaust-Museum und als dessen Gegengewicht wahrgenommen wird. Die deutschen Kriegsoffer würden den Opfern der deutschen Verbrechen gegenüber gestellt. Steinbachs Anwalt bestreitet, dass der BdV jemals die Absicht gehabt habe, das „Zentrum“ in diesem Zusammenhang zu sehen. Dabei gibt es Äußerungen der BdV-Präsidentin, mit denen sie den Wunsch äußerte, das „Zentrum“ solle in deutlich erkennbarer „geschichtlicher und räumlicher Nähe“ zum Holocaust-Mahnmal lokalisiert werden. Sie hat diese Forderung damit begründet, dass in der ersten Phase der Verfolgung die Juden auch Vertreibungsoffer gewesen seien. Wörtlich heißt es in der *Leipziger Volkszeitung* vom 29.5.00: „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.“

Zum Zweiten hatte Lesser in ihrem Kommentar geschrieben, dass der BdV niemals positiv auf die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe vom November 1965 geantwortet hatte. Steinbach wendet dagegen ein, dass der damalige Vorsitzende des BdV den Brief der polnischen Bischöfe als „begrüßenswerte Geste“ bezeichnet habe, was nun vom Gericht als „positive Antwort“ gewertet werden solle. Tatsächlich hatten die BdV-Funktionäre seinerzeit den Brief als „positiv“ bewertet, weil sie darin die Chance sahen, die Grenze zu Polen in Frage stellen zu können. Wenn also das Gericht der Klage Steinbachs stattgibt, dann wird es vor der Aufgabe stehen zu entscheiden, was in den vergangenen Jahrzehnten als „positiver“ Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnung gewertet werden kann und was nicht.

Tomasz Potkaj fasst in der polnischen katholischen Zeitschrift *Tygodnik Powszechny* die möglichen Absichten Steinbachs so zusammen: „Vielleicht hat es Erika Steinbach gerade darauf angelegt? Vielleicht will sie einen Präzedenzfall heraufbeschwören, bei dem ihr das Gericht helfen soll, ihre politischen Ziele zu verwirklichen und die Geschichte so umzuschreiben, dass der BdV sich plötzlich als Förderer der deutsch-polnischen Versöhnung präsentieren könnte? Sollte es

„WamS“: Deutsche Vertriebene verlangen Besitz in Polen zurück

Berlin, 21. Februar (AFP) – Immer mehr Deutsche wollen nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ ihren ehemaligen Besitz in Polen und anderen östlichen Nachbarländern zurückhaben. Derzeit würden sich wöchentlich Dutzende von deutschen Alteigentümern bei der so genannten Preußischen Treuhand melden, berichtete das Blatt unter Berufung auf den Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Gruppe, Rudi Pawelka. Demnach will die Preußische Treuhand mit der EU-Osterweiterung am 1. Mai den Forderungen der Alteigentümer Nachdruck verleihen. „Wir werden mit polnischen Behörden reden, wenn wir keinen Erfolg haben, werden wir die ersten Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen“, sagte Pawelka dem Blatt.

(...) Die Alteigentümer melden laut „WamS“ Ansprüche auf ehemalige Häuser und Ländereien an. Die Preußische Treuhand schätze, dass rund eine Million deutsche Vertriebene im heutigen Polen Immobilien besaßen.

Erika Steinbach in diesem Prozess gelingen, Gabriele Lesser den Mund verbieten zu lassen, wäre dies ein Signal für alle anderen potentiellen Kritiker des BdV.“

Den von *Tygodnik Powszechny* initiierten Offenen Brief unterzeichneten die Chefredakteure der wichtigsten Zeitungen Polens und viele Polen, die sich z.T. seit den 60er Jahren für die deutsch-polnische Versöhnung einsetzten.

(Zusammenfassung des Artikels aus: *Tygodnik Powszechny*, 8/2004, dokumentiert unter: www.hagalil.com/archiv/2004/02/lesser.htm)

Die Preußische Treuhand

„Es muss eine Organisation aufgebaut werden, die die Eigentumsansprüche der einzelnen Vertriebenen jeweils individuell sichern bzw. erhalten kann und diese treuhänderisch für die jeweiligen Vertriebenen oder dessen Erben rechtlich und wirtschaftlich handhabt.“

Man kann sich am Beispiel der Restitution jüdischen Eigentums orientieren. So kümmert sich die jüdische Dachorganisation „Jewish Claims Conference“ um das von den Nationalsozialisten enteignete Eigentum insbesondere in den Fällen, in denen eine persönliche individuelle Wahrnehmung der Eigentumsinteressen nicht möglich ist. Entsprechend soll eine Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen für deutsches Vermögen in den Vertreibungsgebieten die individuellen privaten Vermögensansprüche gegenüber den Vertreibungsstaaten als bevollmächtigte Interessenvertretung wahrnehmen. (...)

Quelle: www.preussischetreuhand.de.vu/



„Welches Europa?“

„Wer regiert Europa?“, fragte die *Neue Zürcher*¹ wenige Tage vor dem „Dreiergipfel“, zu dem am 18. Februar in Berlin Bundeskanzler Schröder, der britische Premier Blair und der französische Präsident Chirac jeweils mit Außenministern und vier weiteren Fachministern zusammenkamen. Als „Auftakt einer informellen gemeinsamen Führungsrolle Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens in der erweiterten EU“ sah die *Financial Times Deutschland*² das Treffen, das in anderen EU-Mitgliedstaaten, vor allem in Italien, Spanien, Polen und den Niederlanden auf herbe Kritik stieß.

Es ist erst wenige Wochen her, da hatten Deutschland und Frankreich unverblümt damit gedroht, jetzt mit „Kerneuropa“ Ernst zu machen. Das war, als die deutsche Bundesregierung, von Frankreich und Großbritannien unterstützt, lieber die Verabschiedung der EU-Verfassung scheitern ließ, als sich den Einwänden gegen die Verschiebung der Stimmverhältnisse zugunsten der BRD zu beugen. In diesem Sinne konnte, ja musste der „Dreiergipfel“ als demonstrativer Schritt zur Umsetzung der Drohung verstanden werden. Öl ins Feuer goss der deutsche Europa-Staatsminister Bury, der auf die Kritik, die drei mächtigsten Staaten in der EU könnten einen „informellen Sicherheitsrat“ bilden und den übrigen Mitgliedstaaten Vorgaben machen, kühl erwiderte: „Europa braucht Pioniere.“³

Die drei Teilnehmer verabschiedeten ein sechsseitiges Papier mit den Ergebnissen ihrer Gespräche, das sie als Brief an die EU-Kommission schickten und als „Diskussionsgrundlage“ für den EU-Gipfel, der Ende März ansteht, behandelt wissen wollen.

Aber nicht nur das Vorgehen, auch Inhalt und Ergebnis der Dreiergespräche, soweit bekannt, bestätigen Ängste vor und Kritik am deutsch-französisch-britischen Führungsanspruch.

Der „Superkommissar“

Die drei Regierungen haben sich auf den „Vorschlag“ eines „Superkommissars“

geeignet – „Vorschlag“ deshalb, weil „formal“, wie allseits betont wird, natürlich die neue EU-Kommission für die Verteilung der Ressorts zuständig sei. Verlangt wird die „Ernennung eines Vizepräsidenten der EU-Kommission, der ausschließlich für Fragen der Wirtschaftsreform zuständig ist. Diese Funktion sollte ein Mitspracherecht bei allen EU-Vorhaben beinhalten, die Auswirkungen auf die Ziele der Lissabon-Agenda haben.“⁴ Damit würde der Vizepräsident der *Financial Times* zufolge zur „mächtigste(n) Figur in der neuen EU-Kommission“. Wie genau sie sich das neue Amt und die zukünftige EU-Kommission verfasst wünscht, hat die Troika noch offen gelassen – und sich damit Spielraum für Erpressungen geschaffen. Entweder will man die Kommission im Zuge der Schaffung eines Superkommissars verkleinern und kleineren Mitgliedstaaten die Möglichkeit nehmen, einen eigenen stimmberechtigten Kommissar zu stellen und damit Einfluss zu nehmen. Das befürchtet etwa die polnische Regierung. Oder die Gegner der Verkleinerung setzen sich durch und jedes Land bekommt seinen Kommissar – dann wären die meisten von vornherein machtlos oder aber aufgrund der Verstärkung hierarchischer Strukturen gründlich entmachtet.⁵ Es wundert kaum noch, dass der Dreiergipfel sich darauf verständigte, dass der neue Vizepräsident der Kommission „aus einer der drei mächtigsten Industrienationen Europas kommen sollte“⁶. Gehandelt wird zur Zeit Günter Verheugen.

Die Verbände der deutschen Wirtschaft haben die Ergebnisse des „Dreiergipfels“ begrüßt. Ins Auge gefasst ist nicht nur die forcierte Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Verbesserung der Verfügbarkeit von Risikokapital und ähnliches, sondern z.B. auch eine europaweite „aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne des ‚Förderns und Forderns‘“.

EU-Finzen und Stabilitätspakt

Einen dicken Knüppel hat der „Dreiergipfel“ mit dem Beschluss aus dem Sack geholt, die EU-Finanzausstattung bis 2013 auf ein Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) einzufrieren. Durch „effizienteren Mitteleinsatz“ könne man einiges herausholen, so der scheinheilige Ratschlag.

Erst wenige Tage zuvor hatte die EU-Kommission ihren Vorschlag für den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007 bis 2013 vorlegt. Demzufolge soll die Haushaltsausgaben um bis zu 50% gesteigert werden und bis zu 1,24% des BNE statt jetzt 1% betragen. Dabei sollen die Ausgaben für Agrarpolitik eingefroren bzw. leicht gesenkt werden, die Ausgaben vor allem für Regionalförderung, Forschung und Innovation hingegen erheblich steigen. Die geplante Steigerung ist angesichts der Osterweiterung, die die Unterschiede in der Ent-

wicklung und den Lebensbedingungen in den Mitgliedsländern dramatisch verschärft, eher bescheiden. Vorgesehen ist danach, dass etwa Spanien nur noch 85% der bisherigen Fördermittel erhält und dass die osteuropäischen Beitrittsländer nur 50% der Mittel erhalten, die ihnen nach den bisherigen Kriterien zuständen. Während Polen die Kommissionsvorgaben dennoch im Prinzip begrüßte, protestierte die Bundesregierung postwendend. Natürlich hat sie gegen die verstärkte Förderung von Forschung und Innovation nichts einzuwenden, liegt das doch auf der Linie des „Dreiergipfels“. Ihre Forderung, die Ausgaben auf 1% begrenzt zu halten, geht voll zu Lasten der verschiedenen Fördermittel, die die EU zum Ausgleich der unterschiedlichen Entwicklungs- und Lebensbedingungen der Mitgliedsländer bereitstellt.

Schon gleich nach dem gescheiterten Verfassungsgipfel hatte die deutsche Seite ihren Widersachern Polen und Spanien damit gedroht, man könne als größter Nettozahler auch anders. Im Inneren ist eine Woge nationalistischer Demagogie zu befürchten, die den „Zahlmeister“ ins Feld führt und den „Zuchtmeister“ herauskehrt. Gegenüber den anderen Mitgliedsländern tut sich an Abgrund an Möglichkeiten des „Teile und herrsche“ auf. Die Linie, die der „Dreiergipfel“ und namentlich die Bundesregierung hier eingeschlagen hat, verhindert, dass die gewiss großen Probleme, die die europäische Integration absehbar zu bewältigen hat, auch nur annähernd im Sinne der Gleichberechtigung und Verständigung angepackt und gelöst werden.

Noch ein weiteres Ziel verfolgt die Bundesregierung mit ihrem Kurs finanzieller Restriktionen: Schon jetzt hat Eichel ebenso wie sein französischer Kollege angekündigt, bei der Neuverschuldung 2004 zum dritten Mal hintereinander die Obergrenze von 3% des Bruttoinlandsprodukts zu überschreiten. Damit würden definitiv saftige Strafgeelder fällig, die man 2003 unter Bruch der Rechtslage verhindert hatte. Die BRD und Frankreich bestehen aber darauf, dass ihre Durchlöcherung des Stabilitätspaktes auch künftig geduldet wird. Dagegen hatten unmittelbar vor dem „Dreiergipfel“ Polen, Spanien, Portugal, Estland, Italien und die Niederlande in einem Schreiben an den irischen Ratspräsidenten auf die Einhaltung des Stabilitätspaktes gepocht und sich damit den Zorn der Bundesregierung zugezogen.

„Eine Handstreichtruppe für die Europäische Union“

So nennt die *Neue Zürcher*⁷ das von Frankreich, Großbritannien und Deutschland schon im Vorfeld beschlossene und nun bestätigte Projekt der Bildung „taktischer Kampfgruppen“ in Stärke von jeweils 1.500 Mann, das der EU angedient wird mit dem „Angebot“, dass sich auch andere beteiligen können. „Als Leitbild für das ursprünglich anglo-

französische Projekt diene offensichtlich die letztjährige EU-Operation Artemis in Bona in Ostkongo. Deshalb war zunächst vor allem Afrika als Einsatzgebiet einer rasch verfügbaren „taktischen Kampfgruppe“ ... vorgesehen. Angestrebt wurde nach Möglichkeit ein Einsatz nicht ohne Uno-Mandat, doch scheint dies nicht zur absoluten Vorbedingung erhoben worden zu sein. Rasche Verlegbarkeit und schnelle Verfügbarkeit sollen die Hauptmerkmale dieser für Handstreich geeigneten Kampfgruppen stellen.“ So beschreibt die *Neue Zürcher* das gemeinsame Projekt.⁷ Die drei Staaten wollen sieben bis neun solcher Kampfgruppen aufstellen, die innerhalb von weniger als 15 Tagen in ein „Operationsgebiet“ transportiert werden können und dort für Einsätze zwischen einem bis vier Monaten befähigt sein sollen. Ihre Aufstellung ist ausdrücklich nicht in Konkurrenz zur Nato, sondern in voller Komplementarität geplant.

Wieder einmal erweist sich also, in welchem engem Zusammenhang die Herausbildung von „Kerneuropa“ und die Militarisierung der EU stehen. Die „Pioniere“ treffen Beschlüsse über Tempo und



Richtung der Militarisierung und stellen die anderen Mitgliedstaaten vor vollendete Tatsachen. Zwar haben diese sowohl nach gültiger Vertragslage wie auch bei Verabschiedung der EU-Verfassung die Möglichkeit eines Vetos. Damit können einen EU-Einsatz der „Handstreichtruppe“, aber nicht ihren Einsatz, z.B. im Rahmen der Nato, verhindern. scc

1 Neue Zürcher Zeitung, 15.2.

2 ftd, 18.2.

3 ftd, 23.1.

4 Pressemitteilung des Bundeskanzleramts vom 18.2. Die Lissabon-Agenda nennt zehn Bereiche, in denen gezielt Maßnahmen zur Modernisierung zu treffen seien, darunter: „Informationsgesellschaft, ein günstiges Umfeld für Unternehmen, Wirtschaftsreformen, Bildung und Ausbildung, Beschäftigung, Modernisierung des sozialen Schutzes und die Förderung der sozialen Integration“.

5 Dem „Superkommissar“ müssten dann die Kommissare für Währung, Binnenmarkt, Wettbewerb, Industrie, Verkehr und Energie sowie Industrie „zuarbeiten“ (Tagesspiegel 23.2.).

6 ftd, 19.2.

7 Neue Zürcher, 12.2.

Weitreichende Verbotsanträge zur Durchsetzung deutscher Leitkultur

„Kopftuchdebatte“ in entscheidender Phase

Noch vor Ende März will die baden-württembergische Regierung ihr Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes durch den Landtag bringen. Damit wäre Baden-Württemberg das erste Bundesland, das nach dem Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgericht (s. auch PB 23/03) ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verhängt. Das Kopftuch-Gesetz soll Lehrkräften das Tragen von Symbolen untersagen, die auch als politische Bekundungen gewertet werden können oder den Schulfrieden stören.

Noch weiter als die baden-württembergische CDU geht die hessische. Am 18.2. hat sie den Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung der staatlichen Neutralität“ in den Landtag eingebracht, das noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll und das das islamische Kopftuch nicht nur für Lehrerinnen, sondern für alle Beamtinnen verbietet. Im Hessischen Beamtengesetz – und entsprechend im Hessischen Schulgesetz – soll folgende Änderung verankert werden: „Beamte haben sich im Dienst politisch, weltanschaulich und religiös neutral zu verhalten. Insbesondere dürfen sie Kleidungsstücke, Symbole oder andere Merkmale nicht tragen oder verwenden, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden zu gefährden. Bei der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 und 2 ist der christlich und humanistisch geprägten abendländischen Tradition des Landes Hessen angemessene Rechnung zu tragen.“

Mit „christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerten und Traditionen“ argumentiert ausdrücklich auch die baden-württembergische CDU. Beide CDU-Regierungen müssen sich vorwerfen lassen, dass sie von den Wurzeln der „humanistisch geprägten abendländischen Tradition“ entweder nicht die geringste Ahnung haben oder ihnen gegenüber eine totale Ignoranz an den Tag legen. Ohne die jüdischen und islamischen Beiträge hätte sich die geistesgeschichtliche Bewegung des Humanismus nicht herausgebildet und wäre der Übergang in das, was man die Neuzeit nennt, später und auf jeden Fall anders verlaufen. Auf jeden Fall bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen. Hatte es in der CDU-Diskussion zunächst noch geheißt, neben christlichen auch jüdische Symbole von Verboten ausnehmen zu wollen, ist davon jetzt keine Rede mehr. Neben der ausdrücklichen Abgrenzung gegen den Islam wird, wenn auch vorerst noch unausgesprochen, tendenziell die Abgrenzung gegen das Ju-

dentum vollzogen. Ein gesetzliches Kopftuchverbot ist auch in anderen Bundesländern in Vorbereitung, so in Bayern, Niedersachsen, Saarland oder Brandenburg. In NRW hat die SPD ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das liegt inzwischen vor und schlägt ein Gesetz vor, das Lehrerinnen und Lehrern verbietet, im Dienst „Kleidung oder Zeichen zu tragen oder in Schulräumen aufzustellen oder anzubringen“, deren vom Bundesverfassungsgericht festgestellter „objektiver Erklärungsgehalt“ zu Grundwerten der Verfassung, insbesondere der Menschenwürde sowie den Freiheits- und Gleichheitsrechten, im Widerspruch stehe oder in Schulräumen aufzustellen oder anzubringen“. Das soll dann im Einzelfall die Schulleitung prüfen und zusammen mit der Elternkonferenz eine Empfehlung aussprechen, und abschließend entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Solchermaßen will man die Verbote zielgerichtet auf islamistische Fundamentalisten anwenden. Es gehört allerdings nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, wie ein islamisches Kopftuch oder ein islamischer Bart unweigerlich eine Störung des Schulfriedens heraufbeschwört, und zwar allein schon deshalb, weil er Gegenstand der Untersuchung wird. Die Stigmatisierung der Muslime wird bei Verabschiedung eines solchen Gesetzes einen gewaltigen Schub erfahren. Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag lehnen ein solches Gesetz – bisher jedenfalls – entschieden ab.

Und die PDS ?

Auch sie ist als Koalitionspartnerin der SPD in Berlin – einer Stadt, in der schätzungsweise 220.000 Menschen muslimischen Glaubens leben – dem Ansinnen der Sozialdemokratie ausgesetzt, muslimische Lehrerinnen, die ein Kopftuch tragen, aus dem Schuldienst herauszuhalten oder herauszusüßern. Hier will Innensenator Körtig gleich nach den Osterferien einen Gesetzentwurf vorlegen, der religiöse Symbole aus den staatlichen Schulen verbannt, wobei christliche oder jüdische Symbole nicht ausdrücklich ausgenommen sein sollen. Unterstützung erhält die SPD von den Grünen und dem Türkischen Bund, und am 19.2. meldete die „Berliner Zeitung“, dass nun auch die PDS „eingelenkt“ habe.

In der PDS ist die Frage des Kopftuchverbots zwar nicht unumstritten. Aber wo es bisher nötig war, hat sich die PDS dem Kopftuchverbot entgegengestellt, ganz in Übereinstimmung mit ihrem Programm, in dem es heißt: „Eine Benachteiligung von Menschen auf Grund ihrer religiösen Überzeugungen ist im Zeitalter umfassender interkultureller Kontakte eine ernsthafte Gefahr für ein friedliches und demokratisches Miteinander.“ Ein entsprechender Antrag – „Kopftuchverbot verschärft Ausgrenzung“ –, der in der Diskussion mit

verschiedenen Bundesarbeitsgemeinschaften entstanden ist, liegt zurzeit dem Parteivorstand zur Beschlussfassung vor. Die Berliner PDS-Senatorin Knake-Werner hat, wie auch andere PDSlerinnen, den Aufruf wider eine Lex Kopftuch mit unterzeichnet (s. PB 25/03). Ein „Einlenken“ der Berliner PDS würde nicht nur die Abwehr der Wahnidee einer deutschen Leitkultur und den Gedanken des interkulturellen Zusammenlebens erheblich schwächen, sondern auch noch die eigene Senatorin demontieren.

Wir dokumentieren auszugsweise eine Rede des PDS-Abgeordneten U. Wolf, die er am 19.2. im Berliner Abgeordnetenhaus gehalten hat; ferner ebenfalls auszugsweise die Stellungnahme u.a. des Berliner Ausländerbeauftragten zur Kopftuchdebatte vom 17.2.

Muslime sind so plural in ihren Weltanschauungen wie Christen, Juden und Atheisten. Sie gehören zu Berlin.

Mit staatlichen Verboten die auf religiöse oder weltanschauliche Symbole zielen, sollte man vorsichtig sein. Sowohl aus grundsätzlichen bürgerrechtlichen und rechtsstaatlichen Erwägungen, aber auch hinsichtlich der praktischen Risiken und Nebenwirkungen.

Es ist ja bekannt, dass wir in Sachen Kopftuchverbot Differenzen mit dem Koalitionspartner haben. Die sind auch entgegen anders lautender Presseberichte nicht ausgeräumt. Wir glauben nicht, dass ein Kopftuchverbot im Kampf gegen politischen Islamismus zielführend ist. Im Gegenteil: Das Verbot birgt die Gefahr, die mehrheitlich unpolitischen Muslime in unserer Stadt zu stigmatisieren, die Deutungen der Fundamentalisten aufzuwerten und Konflikte zu verschärfen anstatt sie zu lösen.

Wir wissen natürlich, dass wir in einer Konstellation, in der alle anderen Fraktionen in diesem Haus Verbotsregelungen wollen, über Kompromisse verhandeln müssen. Wir haben uns in der Koalition geeinigt, der gesellschaftlichen Debatte Raum und Zeit einzuräumen. Auch in der Hoffnung, dass mit Dauer der Diskussion die integrationspolitischen Aspekte und Risiken genauer überprüft werden können. Sicher ist, dass wir keiner Regelung zustimmen werden, die allein gläubige Muslime unter den Verdacht stellt, das Neutralitätsgebot des Staates zu verletzen.

(...) (S)eit längerem gibt es den Aufruf ‚Religiöse Vielfalt statt Zwangsemanzipation – Aufruf wider eine Lex Kopftuch‘. Dort werden Argumente geliefert, von denen wir meinen, dass sie vernünftig und zu diskutieren sind. Wer allerdings Marieluise Beck, Barbara John, Renan Demirkan, Liselotte Funke, Rita Süßmuth, Heidi Knake-Werner, die diesen Aufruf initiiert haben, als naive, als nützliche Idioten des Islamismus bezeichnet, wie es die Junge Union getan hat, zeigt, dass es ihm in dieser Debatte um einen Kulturkampf und eine Angst-

diskussion geht, nicht um die Prüfung von Argumenten.

Wir müssen aufpassen, dass zugewanderte Frauen nicht stigmatisiert werden, nur weil sie ein Kopftuch tragen. (...) Wir bestreiten nicht, dass für islamische Fundamentalisten das Kopftuch ein politisches Symbol und ein Instrument zur Unterdrückung der Frau ist und dass sie versuchen, damit Politik zu machen. Wir wissen aber auch, nicht jede muslimische Frau die sich für das Kopftuch entscheidet, teilt diese Deutung, wurde dazu gezwungen, vertritt den politischen Islam oder sympathisiert mit dem Fundamentalismus. (...) Sollte eine Lehrerin oder auch ein Lehrer missionieren, agitieren oder in irgendeiner Weise gegen die freiheitliche Grundordnung verstoßen, kann dem mit Hilfe der individuellen Eignungsprüfung und dem Disziplinarrecht Inhalt geboten werden.

Im Unterschied zum FDP-Antrag, unserem Koalitionspartner und den Grünen, die zumindest das Problem einer Stigmatisierung der unpolitischen Muslime sehen, treibt der CDU-Antrag die Sache auf die Spitze. In der Pose der Retter des Abendlandes vor den Heiden, ganz in der christlichen Tradition der Kreuzzüge, darf nicht nur sondern soll auch der rechte Glauben bekundet werden, wohingegen das Bekenntnis zum Islam durch Tragen eines Kopftuches unzulässig sei – ich zitiere auszugsweise aus der Begründung – ‚weil zumindest ein Teil seiner Befürworter mit ihm sowohl eine mindere Stellung der Frau in Gesellschaft, Staat und Familie, als auch eine fundamentalistische, kämpferische Stellungnahme für ein theokratisches Staatswesen verbindet.‘

Weil zumindest ein Teil etwas verbindet, werden alle in Sippenhaft genommen? Ist das die Logik, die dem zu Grunde liegt? Ich für meinen Teil bin nicht bereit, alle Christen in Sippenhaft zu nehmen für die Haltung von einzelnen frauenfeindlichen Bischöfen oder den Machenschaften von Opus Dei.

Bei aller Anerkennung der realen Probleme, die mit der Gefahr einer zunehmenden Politisierung des Islam einhergehen, bei allen kulturellen Alltagskonflikten in einer Einwanderungsgesellschaft sollten wir uns der Mühe unterziehen, Argumente und Mittel zu prüfen. Eine Stigmatisierung, ein Katastrophenszenario, das mit Überfremdungsbildern spielt, wem nutzt das? Wie wirkt es auf diejenigen, die es am Beispiel Kopftuch betrifft? (...) Muslime sind so plural in ihren Weltanschauungen wie Christen, Juden und Atheisten. Sie gehören zu Berlin. Für alle sollten die gleichen Regeln gelten. (...) Ich möchte SPD, FDP und Grüne inständig bitten, im Sinne ihrer bürgerrechtlichen Traditionen noch einmal zu überprüfen, ob wir nicht auch mit anderen Mitteln das Mäßigungsgebot für Lehrerinnen und Lehrer sichern können und die Einzelfallprüfung als Prinzip erhalten. Zumindest aber möchte ich bit-

ten, dass wir gemeinsam dem gefährlichen deutschen Leitkulturgerede der CDU entgegentreten und über Antidiskriminierungsregelungen gegenüber den hier friedlichen Muslimen nachdenken.

„Gemeinsame Resolution der Berliner Migranten-, Migrations-, Integrations- und Ausländerbeauftragten zur Kopftuchdebatte:

Die emotional aufgeladene Diskussion um ein ‚Kopftuchverbot‘ wirft zu recht Fragen auf, die unsere Einwanderungsstadt Berlin dringend beantworten muss: Wie sollen Schulen mit den Herausforderungen einer multireligiösen Gesellschaft umgehen? Wie können die Lebenschancen zugewanderter Mädchen und Frauen verbessert werden? Und wie kann das offene, demokratische Klima in Kitas, Schulen und in Nachbarschaften erhalten und gefördert werden?

Ein Kopftuchverbot im staatlichen Erziehungsbereich oder gar im gesamten öffentlichen Dienst, wie es in Berlin diskutiert wird, gibt keine Antwort auf diese drängenden Fragen. Es ist rechtlich fragwürdig und geht integrationspolitisch in die falsche Richtung. Muslimische Frauen würden nicht integriert, sondern ausgegrenzt werden.

Wir dürfen zugewanderte Frauen, die unsere Gesellschaft ausdrücklich bejahen und hier zuhause sind, nicht stigmatisieren, nur weil sie ein Kopftuch tragen. Mit Sorge stellen wir fest, dass bereits seit dem Beginn der Kopftuchdebatte muslimische Erzieherinnen, die ein Kopftuch tragen, kaum noch Praktikumsplätze finden.

Wir Beauftragten fragen, ob nicht hierdurch die Religionsfreiheit verletzt werden würde. Eine Freiheit, die für alle gilt – auch im öffentlichen Bereich ...

Wir sind äußerst besorgt, dass der Islam heute von manchen unter den Generalverdacht des Extremismus gestellt wird. Eine solche Isolierung und pauschale Zurücksetzung treibt einen Keil in unsere Gesellschaft. Extremistische und islamistische Gruppen werden hierdurch nicht isoliert, sondern gestärkt.

Der Maßstab für die Bewertung einer Lehrerin darf nicht sein, was sie auf dem Kopf trägt, sondern ob sie eine gute Lehrerin ist, die die Achtung der Grundwerte der Demokratie vermitteln kann. Für Lehrkräfte, die das staatliche Neutralitätsgebot verletzen, ist schon heute kein Platz in den öffentlichen Schulen.

Nach einer sorgfältigen Abwägung aller Gründe, die für und die gegen ein Verbot sprechen, halten wir ein gesetzliches Kopftuchverbot für das staatliche Erziehungswesen – oder den gesamten öffentlichen Dienst – für das integrationspolitisch falsche Zeichen. (...)“

Die Beauftragten schlagen statt des Kopftuchverbots ein Dreipunkteprogramm u.a. zur Verbesserung der Freiräume und Integrationschancen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund. scc

Erneut fanden am 19. 2. mehrere Demonstrationen und andere Protestaktionen zur Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Beschäftigten von vier großen Einzelhandelskonzernen im südlichen Kalifornien statt, so in Los Angeles und Santa Monica. In der Hafenstadt San Pedro (Bilder) demonstrierten trotz Einschüchterungsversuchen durch ein großes Polizeiaufgebot viele hundert Mitglieder der Einzelhandelsgewerkschaft. Sie wurden nicht nur, wie schon traditionell, von Mitgliedern der Transportarbeitergewerkschaft, sondern auch von Hafenarbeitern und Büroangestellten der Marine unterstützt. Die Demonstranten bildeten eine Kette um die Niederlassungen des Einzelhandelskonzerns Vons und konnten ihre de-facto-Schließung für mehrere Stunden erreichen. Wie in den letzten Ausgaben berichtet, kämpfen die Beschäftigten des Einzelhandels für den Erhalt ihrer Gesundheitsversicherung.



Slowenien: Rechte Mobilisierung gegen geplante Moschee

Der Bau einer Moschee in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana hat die rechten Parteien auf den Plan gerufen. Die islamische Gemeinde, die sich vorwiegend aus rund 40.000 in Slowenien lebenden Bosniern zusammensetzt, bemüht sich seit langem um die Errichtung einer Moschee. Vor einigen Wochen beschloss nun der Stadtrat auf Initiative der Bürgermeisterin, die von der Vereinigten Liste der Sozialdemokraten gestellt wird, eine Moschee am südlichen Stadtrand zu errichten. Von dem Tag an formiert sich eine rechte Gegenbewegung, die u.a. von der Slowenischen Volkspartei organisiert wird. Da wird ins Feld geführt, Ljubljana werde „wissentlich oder nicht wissentlich“ die Infrastruktur terroristischer Organisationen stärken; europäische Sicherheitsanalysen zeigten, dass extremistische islamische Gruppen Moscheen für die Vorbereitung terroristischer Anschläge benutzten. Da solche Gruppen sich vor allem aus dem Drogenhandel finanzierten, würde der Drogenhandel zunehmen. Außerdem würde durch den Bau einer Moschee die traditionelle slowenische Kulturlandschaft vernichtet. Mit dieser rassistischen und islamophoben Agitation wurden innerhalb kurzem 12.000 Unterschriften gegen den Bau der Moschee gesammelt, nach slowenischem Recht ausreichend für eine Volksabstimmung. Die Bürgermeisterin und der Mufti der Hauptstadt versuchen unterdessen, den Verfassungsgerichtshof zu einer Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer solchen Volksabstimmung zu bewegen. Würde der Bau der Moschee aufgrund einer Volksabstimmung verhindert, würden damit die

in der Verfassung verankerten Rechte der Moslems beeinträchtigt werden. (Quelle: verschiedene österreichische Zeitungen Januar/Februar)

Niederländischer Arbeitsmarkt für Osteuropäer geschlossen

Jetzt will auch die niederländische Regierung die Grenzen für Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Beitrittsländern schließen. Deutschland und Österreich hatten in den Beitrittsverhandlungen eine siebenjährige „Übergangsfrist“ durchgesetzt, wobei es den bisherigen EU-Mitgliedern freistand, die Grenzen zu öffnen. Unter den Ländern, die die Grenzen öffnen wollten, waren zunächst auch die Niederlande. Jetzt beschloss das Kabinett, dass Firmen erst dann Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern beschäftigen können, wenn für die Tätigkeit keine niederländischen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Entscheidung rief in den betroffenen Ländern heftige Kritik hervor. Lediglich Großbritannien und Irland werden nun ihren Arbeitsmarkt für Lohnabhängige aus Osteuropa öffnen. (Quelle: Slowakei Is, 19.2., DW)

Auslandsinvestitionen verschärfen Wohnungsprobleme in der Slowakei

Die Invasion ausländischer Konzerne in der Slowakei ändert nicht nur die Wirtschaftsstruktur (s. letzte Ausgabe S. 9), sondern auch das Leben in den slowakischen Städten. Zehntausende sind gezwungen, umzuziehen oder zu pendeln. Rund die Hälfte der Beschäftigten des VW-Werkes in Bratislava z.B. haben ihren ständigen Wohnsitz nicht in Bratislava. Die Stadt ist gegenwärtig nicht in

der Lage, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungsprobleme verschärfen sich auch in anderen Städten. Im westslowakischen Galanta, wo in Kürze die europäischen Samsung-Zentrale ihren Sitz haben wird, kann die Stadt gerade 80 neue Wohnungen bauen; der Konzern will jedoch rund 1000 Menschen beschäftigen. Auch Trnava, wo der PSA-Peugeot-Citroen 3000 Menschen aus der ganzen Slowakei in Dienst nimmt, kann innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre gerade 260 Mietwohnungen bauen. (Quelle: Radio Slowakei, 18.2., DW)

EU-Justiz- und -Innenminister lehnen europäischen Geheimdienst ab

Die Ratssitzung der EU-Justiz- und Innenminister hat am vergangenen Wochenende beschlossen, dass als biometrisches Merkmal in Ausweisen nur ein digitales Foto vorgeschrieben wird. Sie lehnte den von Schily geforderten digitalen Fingerabdruck ab, dieser bleibt, ebenso wie die Irisvermessung, ins Belieben der Mitgliedsländer gestellt. Abgelehnt wurde auch der Vorstoß des österreichischen Innenministers Strasser: Nachdem nun schon die EU mit Milliarden die Forschung und Entwicklung so genannter Sicherheitstechnologie anschieben will, fehle nach US-Vorbild noch ein entsprechende Behörde – ein EU-Geheimdienst. Strasser hatte seinen Kollegen vor der Konferenz ein Diskussionspapier zugeschickt, mit dem er anregte, eine European Intelligence Agency einzurichten. Die lehnten ab, mit dem Hinweis, es gebe schon Europol, in deren Aufgabenbereich die „Terrorismusbekämpfung“ falle. (Quelle: Telepolis)

Zusammenstellung: sec

MAGDEBURG. 275.314 Menschen haben das Kinder-Volksbegehren in Sachsen-Anhalt unterzeichnet. Die letzten Unterschriften wurden am 20.2.04 im Innenministerium übergeben. 250.000 sind nötig, damit sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und bei Ablehnung einen Volksentscheid einleitet. Seit März 2003 gilt in Sachsen-Anhalt ein Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung nur noch, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Die Landesregierung wollte so 45 Mio. Euro jährlich einsparen. Dagegen hat sich am 29.10.2002 ein Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ unter drei Zielen formiert: 1. Erhalt der bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Kindertagesbetreuung und die Entwicklung der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen, 2. Verhinderung von Kürzungen finanzieller Zuweisungen oder sonstiger Verschlechterungen in der Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit, 3. Aufrechterhaltung und Qualifizierung der Angebote der Familienarbeit und der Familienbildung.

www.buendnis-kinder.de



VVN protestiert: Bisher einmalige Provokation von rechten Juristen

BOCHUM. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat das Verbot für die NPD-Demonstrationen in Bochum am 13. und 20.3.2004 gegen den Synagogenbau aufgehoben. Die VVN/BdA NRW sieht darin eine „bisher einmalige Provokation von rechten Juristen!“ Die von der NPD geplante Demonstration gegen den Bau der Synagoge in Bochum störe nach Ansicht der Richter nicht die öffentliche Ordnung. „Und wenn, dann nur geringfügig“, sagte der Vorsitzende Richter am Gelsenkirchener Verwaltungsgericht Hans-Justus Charlier gegenüber der taz. „Da ist die Versammlungsfreiheit ein höheres Gut.“ Die Parole „Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen fürs Volk“ sei eine legitime Forderung – schließlich sei die NPD eine zugelassene Partei und dürfe daher „Vorschläge zur Steuerpolitik machen“, so der Richter weiter. In ihrem Demonstrationsantrag habe sich die NPD „deutlich von jeglicher Form des Antisemitismus distanziert“, so Charlier. Beweise, dass die geplante Veranstaltung rechtsextrem und antisemitisch sei, habe der Polizeipräsident nicht geliefert. „Das Verbot ist somit unangemessen repressiv.“ Ihre Motivation, dass das Geld in Kindergärten und Schulen gesteckt werde, könne nicht in Zweifel gezogen werden.

Gegen dieses Urteil laufen viele Kräfte Sturm. Nachdem sich bereits zahlreiche Bochumer BürgerInnen, der komplette Stadtrat, der Polizeipräsident, 24 Bochumer RichterInnen und die VVN/BdA NRW für ein Demonstrationsverbot ausgesprochen hatten, folgten nun nochmals die Bürgermeisterin, der Superintendent der evangelischen Kirche, zahlreiche HochschullehrerInnen und der AStA-Vorsitzende der Ruhr-Universität einem Aufruf des Bochumer Friedensplenums und setzen sich beim Oberverwaltungsgericht Münster für ein Verbot der

antisemitischen Hetze der NPD ein. Das Polizeipräsidium arbeitet an einer Beschwerde gegen das Urteil und die Stadtverwaltung will gegen das ebenfalls abgelehnte Verbot der NPD-Infostände vorgehen. www.nrw.vvn-bda.de, taz Ruhr

Solidarität mit Mumia Abu-Jamal Grußkarten zum 50. Geburtstag

BREMEN. Am 24.04.2004 wird Mumia Abu-Jamal 50 Jahre alt. Fast die Hälfte davon (22 Jahre) hat er unschuldig in der Todeszelle verbracht. Aus Anlass dieses runden Geburtstages ruft das Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees alle dazu auf, sich an einer Geburtstagskartenaktion zu beteiligen. Im ersten Schritt geht es bei der Geburtstagskartenaktion darum, Motive für die Karten zu entwerfen. Diese können bis zum 27.02.04 an bundestreffen@mumia.de geschickt werden. Alle Entwürfe werden dann in einer Internet-Galerie ausgestellt, wo jede/jeder seine persönlichen Favoriten für den Druck vorschlagen kann. Letzter Tag für die Abstimmung ist der 10.03.2004. Und schließlich sollen natürlich möglichst viele Leute diese Karten bestellen und an Mumia schicken.

Diese Aktion versteht sich nicht als ausgewachsener Kunstwettbewerb, son-

dern vielmehr als eine Mobilisierung, an deren Ergebnis Mumia direkt teilhaben kann: „Wir möchten mit dieser Aktion Mumia zeigen, dass es viele Menschen gibt, die an ihn denken und sich für seine Freilassung einsetzen. Auf der anderen Seite zeigen wir damit aber auch den Vertretern des Justiz- und Knastsystems, dass viele Leute Mumia in seinem Kampf unterstützen und seinen Fall genau beobachten.“

freedom-now.de

Aufruf für den Wiederaufbau der geschändeten jüdischen Friedhöfe

SONDERSHAUSEN/GOTHA. Zahlreiche Gruppen, Initiativen, Parteien und bekannte Persönlichkeiten rufen zu Spenden für den Wiederaufbau der geschändeten jüdischen Friedhöfe auf: „Mit schwerer Bestürzung haben wir von der Schändung der jüdischen Friedhöfe in Sondershausen und Gotha erfahren. In Sondershausen geschah die Tat in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember 2003. Es wurden 45 Grabsteine beschädigt und teilweise mit Farbe beschmiert. In Gotha wurden am Wochenende 31. Januar /1. Februar 2004 von der Polizei die Verwüstungen festgestellt. Hier wurden 16 Grabsteine geschändet, 14 davon ungeworfen und zwei beschädigt. Im Judentum ist ein Friedhof ein Ort ewiger Ruhe. Friedhofsschändungen sind ein Angriff auf die Toten, aber sie sind auch ein Signal an die Lebenden. Sie sollen zeigen, dass Juden auch im Tod keine Ruhe haben sollen. Sie wollen verletzen und bedrohen. Wir sind zutiefst davon beschämt, dass in unserer Mitte derartige Schandtaten verübt wurden. Wir können die Taten nicht ungeschehen machen, aber wir können unsere Abscheu gegen die Schänder und unsere Solidarität mit den jüdischen Bürgern zeigen. Wir setzen ein Zeichen gegen Antisemitismus.“

Vorläufige Schätzungen haben ergeben, dass durch die Schändungen der Friedhöfe in Sondershausen und Gotha



ein Schaden von ca. 20.000 Euro entstanden ist. Wir rufen daher alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen zu Spenden auf, damit die Grabstätten wiederhergestellt werden können. Wir werden den gesammelten Betrag der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen übergeben.“

Spendenkonto: Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt, Konto-Nr. 106518060, BLZ 82064038, VR Bank Westthüringen eG, Verwendungszweck: „Jüdische Grabstätten“. www.lag-antifa.de

Verzweiflungstat eines bosnischen Roma im Abschiebeknast

RENDSBURG. Am 16. Februar 2004 hat erneut ein Mann unmittelbar vor der Abschiebung seine Zelle in der Rendsburger Abschiebehäft in Brand gesteckt. Der verzweifelte 47-jährige Familienvater sollte ohne seine Frau und seine fünf minderjährigen Kinder nach Bosnien abgeschoben werden. Er wird von einem Hüftleiden geplagt, benötigt dauerhaft Schmerzmittel und ist auf Krücken angewiesen. Als Roma, der seine Heimat vor zehn Jahren verlassen musste, kann er in Bosnien auf keine sozialen Bindungen mehr zurückgreifen.

Die Lebensumstände unter denen die Roma z.B. in Tuzla zur Zeit ihr Dasein fristen, sind erbärmlich: keine Arbeit, kein Zugang zu medizinischer Versorgung. 80 Prozent der Kinder besuchen keine Schule, es gibt praktisch keine Sozialleistungen, viele Familien sind abgeschnitten von der Strom- und Wasserversorgung. Für einen hilfebedürftigen, gesundheitlich stark beeinträchtigten Mann ohne Aussicht auf Erwerbstätigkeit kommt die erzwungene Rückkehr ins winterliche Bosnien einer Abschiebung ins Nichts gleich.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein verurteilt neben dem Tatbestand der Deportation von kranken – lediglich „reisefähigen“ – Menschen, insbesondere die Praxis einer getrennten Inhaftierung und Abschiebung der Väter von ihren Familien. Das müsste nicht so sein. Rheinland-Pfalz macht es vor: Dort werden per innenbehördlichem Erlass Einzelfälle mit besonderen Härten vorläufig zurückgestellt – im Hinblick auf die zu erwartende Einigung über eine Härtefallregelung im künftigen Zuwanderungsgesetz. Der Kieler Flüchtlingsrat bittet das schleswig-holsteinische Innenministerium, mit einem entsprechenden Erlass den betroffenen potentiellen Härtefällen im Land die Angst vor der Schaffung irreparabler endgültiger Abschiebungsfakten zu nehmen. www.frsh.de

Erneuter Vorstoß der CSU gegen den § 218 – Aufhänger ist das Geld

MÜNCHEN. Die CSU will die staatliche Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen beenden. Sozialministerin Christa Stewens und der CSU-Bundestagsabgeordnete Johannes Singhammer

gaben dem *Münchener Merkur* folgende Zahlen: In Bayern übernimmt der Freistaat 67 Prozent der Kosten für Abbrüche, bundesweit liegt die Quote höher, am höchsten ist sie mit 90% in NRW, insgesamt wurden bundesweit in den letzten fünf Jahren 197 Millionen Euro ausgegeben, in Bayern 3,8 Millionen im Jahr 2002. Daraus folgert Singhammer: „Es ist skandalös, dass Geld für Kinderspielplätze fehlt, aber für die Abtreibung vorhanden ist“ und versteigt sich zu folgender Begründung einer Gesetzesänderung: „Jedes Kind, das geboren wird, ist ein Konsument – zuerst von Pampers und später von Autos. Und wir brauchen Konsumenten.“ Ministerin Stewens übernimmt einen anderen Part, sie beruft sich auf den Richterspruch: „Nach der klaren Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist die Übernahme der Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen aus Steuergeldern grundgesetzwidrig“, also muss ihrer Meinung nach das Bundesgesetz geändert werden. Derzeit ist ein Schwangerschaftsabbruch nur möglich, wenn zuvor eine Beratung mit entsprechender Bescheinigung erfolgte. Hier hat die CSU bereits alle Mittel eingesetzt, um Bescheinigungen minimal zu halten. Wenn nun Frauen eine Kostenerstattung beantragen, die sie sowieso nach § 218 nur „in besonderen Fällen“ bekommen können, dann ist das ein deutliches Indiz für die Not dieser Frauen. Zu Recht weist die SPD-Landtagsfraktion das unchristliche Ansinnen zurück. Kardinal Wetter allerdings hebt sofort hervor, dass der CSU-Vorstoß ganz im Sinne der Kirche sei. Fritz Schösser, SPD-Bundestagsabgeordneter und bayerische DGB-Vorsitzender, erklärt dagegen: „Jetzt versuchen diejenigen, die schon immer gegen die staatliche Regelung waren, durch die Hintertür einen neuen Vorstoß.“ *baf*

Übergabe von 15.000 Unterschriften für ein Antidiskriminierungsgesetz

BERLIN. Gut 15.000 Unterschriften für ein eigenständiges und umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das über die Mindestanforderungen der Europäischen Union hinaus geht, sind am 30. Januar 2004 im Bundesjustizministerium dem parlamentarischen Staatssekretär Alfred Hartenbach (SPD) übergeben worden. Die Unterschriften waren bundesweit vom Arbeitskreis Antidiskriminierung der lesbian and gay liberation front e.V., der NRW-Kampagne „Leben ohne Rassismus – Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“, der Gewerkschaft ver.di und dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) gesammelt worden. Das Gesetz soll folgende Beweggründe für Diskriminierung berücksichtigen: Geschlecht; nationale oder ethnische Abstammung, Herkunft oder Zugehörigkeit; Hautfarbe; Sprache; Religion; Weltanschauung; soziale Herkunft oder Stellung; Behinderung; Alter; sexuelle Identität; physische oder psychische Besonderheiten und ge-



netische Merkmale. Damit es im Alltag auch wirksam durchgesetzt werden kann, fordern die UnterzeichnerInnen unter anderem die Beweislastverschiebung auf die Diskriminierenden zugunsten der Diskriminierungsopfer, ein Verbandsklagerecht, Opfer- und Zeugnenschutz, angemessene Sanktionen und unabhängige Einrichtungen zur Gleichstellung. – Die Reaktion des Staatssekretärs war für die sieben an der Übergabe teilnehmenden AktivistInnen enttäuschend: Das geforderte Gesetz sei juristisch nicht machbar und das behauptete Ausmaß an Diskriminierung könne er nicht erkennen. Deshalb plane die Regierung allenfalls, die Mindestanforderungen der EU-Antirassismusrichtlinie im Zivilrecht und die der Rahmenrichtlinie für Beschäftigung und Beruf im Arbeitsrecht umzusetzen. www.lglf.de

Aktionen von „Mayors for Peace“ für Abschaffung aller Atomwaffen

KÖLN. In einem offenen Brief haben Kölner Friedensgruppen Oberbürgermeister Schramma aufgefordert, Aktionen des internationalen Städtebündnisses „Bürgermeister für den Frieden“ zur Festigung des Atomwaffensperrvertrages zu unterstützen. In der Zeit vom 26. April bis 7. Mai 2004 werden die ersten Höhepunkte der Kampagne erreicht. In New York beraten dann Diplomaten über die Zukunft des Atomwaffensperrvertrages (NPT). Im Rahmen der „Emergency Campaign“ werden zeitgleich BürgermeisterInnen aus der ganzen Welt mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nach New York reisen und dort in der ersten



Woche der Verhandlungen gemeinsam vorbereitete Stellungnahmen abgeben. Angestrebt ist eine Delegation von etwa zwölf BürgermeisterInnen aus großen Städten mit insgesamt ca. 100 Millionen EinwohnerInnen zu organisieren. 2005 treffen sich die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages in New York. Parallel will das Bündnis einen „Völkergipfel für die nukleare Abrüstung“ mit bilden. Infos über das Städtebündnis: www.pcf.city.hiroshima.jp/mayors/

Die sozialen System, die den Gesamtkomplex der kapitalistisch dominierten Industriegesellschaft bilden, haben spezifische Strukturen, die berücksichtigt werden müssen, wenn etwas geändert werden soll. Die im internationalen Vergleich schlechten Ergebnisse des BRD-Schulwesens lassen sich zwar in einem Kosten-Nutzen Verhältnis ausdrücken,

aber gibt eine Verbesserung der Kosten-Nutzen Relation auch ein sinnvolles Ziel? Wird unbezahlte Arbeit der Lehrkräfte mobilisiert, wird diese Relation besser. Die schlechten Ergebnisse würden dann billiger erreicht.

Zwanghaft versucht die BRD-Gesellschaft der gesicherten Erkenntnis auszuweichen, dass der Lernerfolg in der öf-

fentlichen Schule sich nicht einstellen kann, wenn Konkurrenz und Selektion den Betrieb prägen statt Freude an der Differenz und Entwicklung von Kooperation. Vielleicht dienen die scharfen Angriffe der Verwaltung auf die Lehrerschaft gerade dem Zweck, den Lehrkräften den Atem für zu nehmen, der für eine Konzeptionsdiskussion erforderlich wäre.

Bremer Senat beabsichtigt, zum Sommer 2004 eine GmbH zu gründen, die dem Stadtstaat im Bildungsbereich acht Millionen Euro pro Jahr einsparen soll Schulen mit beschränkter Haftung Bremen plant Umbau des Schulwesens

BREMEN. Bremens Schulen sollen nach den Plänen des Senats zumindest teilweise neu organisiert werden: Mit einer dafür gegründeten „Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur“ will die Regierung aus SPD und CDU zusätzliches Geld für den Schulbereich beschaffen, den Haushalt sanieren – und trotzdem verfassungskonform agieren.

Schon während der Koalitionsverhandlungen im Mai letzten Jahres wurde in Bremen hinter den Kulissen beschlossen, den Bildungsbereich neu zu organisieren und einen Teil auszulagern und zu privatisieren. Monatlang sicherte von der Planung einer „Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur“ nichts durch, bis der GEW Bremen im Herbst 2003 Pläne zur Gründung einer Bildungs-GmbH in die Hände fielen. Daraufhin berief die Gewerkschaft eine Personalversammlung ein und informierte die Presse. Die Personalversammlung sprach sich gegen eine „Schule mit beschränkter Haftung“ aus und verlangte die Offenlegung aller Maßnahmen. Außerdem sollte der Landesrechnungshof das Vorhaben überprüfen.

Inzwischen steht fest: Die Bremer Bildungsbehörde beabsichtigt tatsächlich, zum Sommer 2004 eine GmbH zu gründen, die dem Stadtstaat im Bildungsbereich auf Dauer acht Millionen Euro pro Jahr einsparen soll. Der Bildungsetat Bremens beträgt jährlich etwa 460 Millionen Euro. Die Einsparung wäre also relativ gering – unter zwei Prozent. Zunächst aber würde die geplante Bildungs-GmbH gar kein Geld einbringen, sondern zusätzliche Kosten verursachen. Sie soll mit 25 Millionen Euro Kapital ausgestattet werden. Und bevor alles beginnt, beschloss der Bremer Senat im Dezember, 250.000 Euro für eine Beratungsfirma zur Verfügung zu stel-

len, die das Projekt ausarbeitet. Wer das Berater-Geld bekommt, ist noch nicht bekannt. Im Spiel ist die Unternehmensberatung von Roland Berger, die in Bremen schon öfters aktiv wurde. So hat sie im Jahr 2000 vorgeschlagen, die gesamte öffentliche Verwaltung von 30000 auf vier bis achtausend Beschäftigte zu reduzieren. Der Rest der Arbeit sollte ausgelagert werden. Zur Zeit sind 5000 Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung Lehrerinnen und Lehrer.

Bei der geplanten Bildungs-GmbH, die als Pilotprojekt gilt, sind vorerst nur drei Schulbereiche anvisiert, in dem etwa 1000 Lehrer tätig sind: die Volkshochschulen, die Berufsschulen und eventuell die sonderpädagogischen Einrichtungen. Das Motto für die geplante Gesellschaft lautet: „flexibel, leistungsbezogen und marktorientiert“. Der lan-

deseigene Betrieb soll die betroffenen Schulen steuern und die Infrastruktur liefern, etwa Informationstechnologie oder Verwaltungslogistik. Außerdem soll die Firma Lehrpersonal einstellen – ohne sich dabei an die üblichen Tarife halten zu müssen. Weitere Aufgaben konnte der Sprecher des Bildungssenats, Rainer Gausepohl, nicht nennen, noch seien die Pläne „nicht ausgereift“. Bis März oder April soll dem Parlament der Gründungsvorschlag vorliegen, bis zum Juli dann der Realisierungsplan.

Zum Scheitern verurteilt?

GEW-Landessprecher Jürgen Burger zweifelt daran, dass Lehrer, beim heutigen Mangel an Lehrkräften in den genannten Bereichen, ein untertarifliches Beschäftigungsverhältnis mit der geplanten Bildungs-GmbH eingehen werden. Doch nicht nur daran werde das Projekt scheitern, sagt er voraus: „Es müssen mehrere Gesetze geändert werden, bevor eine Firma eine Schule leitet.“ Das Lehrerarbeitszeitaufteilungs-, das Schul-, das Schulverwaltungsgesetz, und seiner Meinung nach sogar die Bremer Verfassung stünden zur Disposition. „Die Landesverfassung besagt, dass das Recht auf Bildung durch öffentliche Einrichtungen gesichert wird. Eine GmbH ist keine öffentliche Einrichtung.“

Utopischer Zeitplan

Wegen der nötigen Gesetzesänderungen hält Jürgen Burger den Zeitplan für völlig utopisch. Der Senat hat inzwischen die Realisierung des Projekts für das Schuljahr 2004/2005 aufgegeben. Noch ist die GEW offiziell nicht informiert oder in die Planung einbezogen worden. In ein paar Wochen soll mit dem Senator für Bildung, Willi Lemke, darüber ein Gespräch stattfinden. Es werde schwer für den Senator sein, so Burger, „eine Kosteneinsparung nachzuweisen“. Der GEW-Landessprecher vermutet, dass es um etwas anderes geht: „um grundlegende ordnungspolitische Überlegungen“. Der Bremer Senat verfolge damit ein neues Modell der Organisation bisheriger staatlicher Aufgaben.

Ganz ohne ökonomischen Nutzen wird natürlich nicht geplant. Der Vorteil der Bildungs-GmbH: Der Senat kann neue Schulden aufnehmen, ohne dass diese Eingang in den Haushalt finden. So

Dieses Schulgesetz bringt Bremen nicht voran!



Gemeinsame Erklärung für einen Neubeginn in der Schulpolitik

Der Schulgesetzentwurf, der im Februar 2004 auf Antrag der Regierungskoalition in der Bürgerschaft verabschiedet werden soll, hat kein zukunftsweisendes Konzept. Er ignoriert die tiefgreifenden strukturellen Probleme des Bildungswesens und trägt durch die Vorverlagerung der Auslese in die 4. Klasse sogar zu deren Verschärfung bei. Gerade die zu frühe Selektion wird von Bildungsexperten und Koordinatoren verschiedener internationaler Untersuchungen als deutsches Problem benannt.

PISA und weitere Studien belegen, dass das veraltete deutsche Schulsystem den Anforderungen der heutigen Gesellschaft nicht mehr genügt. Das Leistungsniveau ist insgesamt relativ niedrig, die Koppelung zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg hingegen im internationalen Vergleich auffällig hoch. Insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, deren Anteil in Bremen bei über 40% liegt, haben geringe Bildungschancen.

In den vergangenen zwei Jahren hat es in Bremen eine Reihe konstruktiver bildungspolitischer Debatten gegeben. Der „Runde Tisch Bildung“ erarbeitete als Leitgedanken u.a. die Förderung des selbstständigen Lernens und das längere gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen. Die Schulleitungen aller Bremer Sekundarstufe I-Schulen haben ihre Bereitschaft erklärt, diese Empfehlungen umzusetzen und schrittweise eine Integration bis zur 9. Klasse zu verwirklichen. Die Verbände der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte haben diese Bereitschaftserklärung unterstützt. Für Bremen ergab sich die einmalige Chance, sich mit breiter Unterstützung aus den Schulen an international erfolgreichen Modellen zu orientieren und neue Wege zu gehen, die dringend notwendig sind.

Der neue Schulgesetzentwurf blockiert diese Entwicklungschancen und verlangt den Schulen jahrelange, zum Teil sinnlose und kostenintensive Umorganisirungen ab, mit denen ein veraltetes Auslesekonzept verfolgt wird.

Wir fordern den Senat und die Koalitionsparteien auf, das Gesetzgebungsverfahren zu stoppen und auf Grundlage der Empfehlungen des „Runden Tisches Bildung“ und der Erklärungen der SchulleiterInnen der Bremer Grundschulen, Förderzentren und Sekundarstufe I – Schulen ein neues Schulentwicklungskonzept vorzulegen!

Mit der Bitte um Ihre Unterschrift:

Susanne Achenbach (Bildungsreferentin), Rolf Berger (Schulleiter), Jürgen Burger (GEW), Bärbel Brüning (Elternsprecherin), Horst von Hassel (Bildungssenator a.D.), Janna Köke (Jusos), Maresi Lassek (Grundschulverband), Prof. Petra Milhoffer, Edith Müller-Kobus (Schulleitersprecherin), Uwe Pätz (Lehrer), Maria Rüppell (Lehrerin), Prof. Hans-Georg Schönwälder, Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen), Sabine Vehling (Elternsprecherin), Bernd Winkelmann (GEW), Helmut Zachau (Schulleiter)
(ErstunterzeichnerInnen)

(Platz für Unterschriften und Empfänger auf der Rückseite)

könnte die große Koalition in Bremen ihr Wahlversprechen einhalten, bis 2005 einen verfassungskonformen Haushalt – der die Aufnahme neuer Schulden verbietet – vorzulegen. Was Bremen da vor habe, sei ein Schattenhaushalt, kritisiert deshalb die Opposition aus FDP und Bündnis 90/Die GRÜNEN. Statt der Gründung einer GmbH plädieren die GRÜNEN für mehr Schulautonomie und Budgetierung.

Gudrun Fischer, Auszug aus „Erziehung und Wissenschaft“. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW Nummer 2/2004, Seite 27

Hamburg

Lautstarke Proteste gegen Reform der beruflichen Schulen

Am 27. Januar 2004 demonstrieren Schülervertretungen der berufsbildenden Schulen gegen die von der Handelskammer Hamburg initiierte und vom Hamburger Senat geplante Reform der beruflichen Schulen. Die Demonstration findet als Sternmarsch statt: Die erste Demonstration zieht vom um 9 Uhr vom Platz der Republik zum Rathausmarkt, die zweite Demonstration bewegt sich um 9 Uhr von der Hamburger Straße aus über die Lübecker Straße und das Berliner Tor zum Rathausmarkt. Eine Zwischenkundgebung ist um 10 Uhr 30 am Berliner Tor geplant, die Abschlusskundgebung auf der auch die Vorsitzende der GEW Hamburg, Frau Dr. Stephanie Odenwald, sprechen wird, findet um ca. 12 Uhr auf dem Rathausmarkt statt. An den Demonstrationen beteiligen sich die Schülervertretungen aus insgesamt 10 beruflichen Schulen. Offizieller Veranstalter ist die DGB-Jugend Hamburg. Dazu DGB-Jugendsekretär Olaf Schwede (23): „Zur Zeit ist die Arbeit an dem von uns kritisierten Stiftungsmodell ausgesetzt. Der „Erkenntnisstand“ aus dem bisherigen Privatisierungsprozess wird von der Behörde dokumentiert. Die Schülervertretungen befürchten, dass ein neuer Senat auf Druck der Handelskammer das Stiftungsmodell umsetzen wird. Wir demonstrieren heute nicht nur gegen die Politik des Senats, sondern gegen den Einfluss der Handelskammer im Bereich der beruflichen Bildung.“

Im bisherigen Stiftungsmodell waren keine Schülervertretungen vorgesehen. Wirtschaftsvertreter sollten in den Gremien der Stiftung weitgehende Rechte eingeräumt werden. Dazu Schwede: „Es ist zu befürchten, dass die Handelskammerfunktionäre über diesen Weg umsetzen können, was sie seit langem fordern: Eine Reduzierung der allgemeinbildenden Fächer, Schulgeld für die Technikerschulen und die Abschaffung der vollzeitschulischen Berufsvorbereitung, Fachschulen und Fachoberschulen. Dagegen wehren sich die Schülerinnen und Schüler!“ www.dgb-hamburg.de



GEW Hessen fordert:

„Sale-and-lease-back-Geschäfte unterlassen!“

FRANKFURT (gew). Der Landesverband Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die Landesregierung auf, dem Steuerminderungs-geschäft des Landkreises Waldeck-Frankenberg die Grundlage zu entziehen.

In einem Brief an den hessischen Finanzminister und den hessischen Ministerpräsidenten sowie die Landtagsparteien fordert die GEW, dem Sale-and-lease-back-Geschäft des Landkreises und weiteren „in den Startlöchern stehenden“ Kommunen einen Riegel vorzuschieben.

„Es ist Ausdruck eines grenzenlosen Zynismus, wenn die defizitären Kommunen jetzt unter Ausnutzung der ungleichen Besteuerung von Geld- und Immo-

bilienvermögen dafür sorgen, dass dem Land Hessen ein prognostizierbarer Milliardenausfall an Erbschaftsteuer zugunsten großer Vermögen entsteht, von dem ein paar Prozente dann an die Kommunen abfielen“, erklärte die stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen, Karola Stötzel zu den Verkäufen kommunalen Eigentum im Kreis Waldeck-Frankenberg.

So würden durch die Steuergeschäfte eines CDU-Landrats und eines CDU-Regierungspräsidenten dem Staat Gelder entzogen, die von der Landesregierung dann als Vorwand für Sozialkahl-schlag, Arbeitsplatzabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen benutzt würden, kritisierte Stötzel.

Wann, wenn nicht jetzt! Denn uns reicht's!



**Seit Jahren verschlechtern sich
Lehr- und Lernbedingungen an Bayerns Schulen**

- durch Kürzung des Unterrichtsangebots
- durch immer größere Klassen
- durch Kürzung der Altersermäßigung
- durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- durch wiederholte Arbeitszeiterhöhungen

**Die Qualität des Unterrichts leidet!
Und die Lehrkräfte sind unzumutbar belastet!**

Nun soll handstreichartig, organisatorisch nicht durchdacht, die gymnasiale Schulzeit verkürzt werden, aus ökonomischen, nicht aus pädagogischen Gründen.

Und: Stoiber kündigte Arbeitszeiterhöhungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf 42 Wochenstunden an. Für Lehrkräfte bedeutet das eine Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung um ein bis zwei Wochenstunden.

Zusätzlich zu einer »Präsenzpflicht« an zwei Nachmittagen. Gleichzeitig soll das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt werden.

**Wir sollen also mehr und
länger arbeiten für weniger Geld.**

Damit nutzt Stoiber rücksichtslos die Möglichkeiten des Beamtenstatus aus, konterkariert so sein Gerede von der Priorität der Bildung und seine Aussagen vor den Wahlen.

Uns reicht's!

Deswegen führt die GEW mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie vielen anderen Organisationen am 16. März eine Kundgebung in München durch und ruft zur Teilnahme daran zur Arbeitsniederlegung auf, wenn mindestens 2500 Bereitschaftserklärungen vorliegen.

**Stoiber hat die Grenzen
des Zumutbaren überschritten.
Nun überschreiten auch wir Grenzen.**

Weitere Informationen gibt es bei den Kontaktleuten der GEW, in der Landesgeschäftsstelle der GEW Bayern (089-5440810 und 089-5440816) und aktuell immer auf der Homepage: www.bayern.gew.de > Gegenwehr

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern



Bereits in den massenhaften Protestaktionen des 15.10. und 18.11. letzten Jahres wurde die Subventionierung großer Vermögen durch die Nichterhebung der Vermögensteuer als eine wesentliche Ursache für das wachsende Landesdefizit klar benannt.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen Bildungsgewerkschaft erwartet, dass der berechtigte Widerstand gegen sozialen Kahlschlag und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst notwendigerweise steigen wird, wenn diese Landesregierung und die regierende CDU es jetzt zulassen, dass weitere Steuereinnahmen wegbrechen.

„Niemand, am wenigsten die von der Milliardenkürzung direkt Betroffenen, hat Verständnis dafür, wenn sich ausgerechnet Volksvertreter dabei überbieten, dem Staat die für die öffentliche Infrastruktur dringend nötigen Gelder zu entziehen.“

Sie liefern ein weiteres Negativbei-

spiel für politisch gewollte Finanzmanipulationen zu Lasten und auf Kosten der Allgemeinheit“, erklärte Karola Stötzl weiter.

Gerade der freie Zugang zu Schulen sei ein hohes Gut der Demokratie. Deshalb dürften sie nicht zu Spekulationsobjekten lediglich kurzfristig denkender Politiker werden. Wer Monopoly spielen wolle, solle dies im Kreise seiner Familie und Freunde tun, in öffentlicher Verantwortung und gewählten Ämtern könne es aber nur als fahrlässiges Verhalten gewertet werden.

Die GEW erwartet, dass die Landesregierung alle Möglichkeiten (juristische, gesetzgeberische und Einwirkungsmöglichkeiten im Rahmen des Landesvermögens, z.B. Helaba) nutzt, um derartige Geschäfte zu unterbinden.

„Wir werden die weitere Entwicklung genau beobachten und in der Öffentlichkeit weiter thematisieren“, kündigte Karola Stötzl abschließend an.

Pressemitteilung vom 9.2.2004

**Kommunale
Politik**

**Cross-Border in der
Sackgasse:** SANKT AUGUSTIN. Am 9.02.04 platzte die Bombe: Dem Sankt Augustiner Stadtsprecher

Bastian fiel die peinliche Aufgabe zu, der Öffentlichkeit zu verkünden, dass die Politik der CDU-Mehrheitsfraktion und ihres Bürgermeisters auf ganzer Linie gescheitert ist. Der US-Investor bittet um zeitlichen Aufschub, weil er bereits den heißen Atem der Häsher der US-Finanzbehörden im Nacken spürt. Nachdem sich nun auch die Bush-Regierung dazu entschlossen hat, die illegalen Steuerspartricks auch tatsächlich zu unterbinden, bekommen die Herren in den Bankenhochhäusern am East-River das Fracksausen und dem Bürgermeister steigt das Abwasser bis zum Hals. Noch vergangene Woche hatte Bürgermeister Schumacher die in diese Richtung weisenden Informationen der BI Sankt Augustiner NEIN! zu Cross-Border-Leasing als „abwegig“ abqualifiziert und der Öffentlichkeit weismachen wollen „das Sankt Augustiner Geschäft ist von den aktuellen Entwicklungen nicht betroffen.“ Wie so häufig in diesem Trauerspiel wurde auch diesmal der Traum des Bürgermeisters vom Global Player in Windeseile von der Realität zunichte gemacht. Nach Auffassung der BI bedürfte es für die Gewährung einer Fristverlängerung für den Investor nun eines neuen Ratsbeschlusses. Carmen Schmidt, Sprecherin der BI: „Am 15.10.03 hat der Rat auf der Grundlage der Transaktionsbeschreibung die Abwicklung des Deals beschlossen. Die sah den Abschluss bis spätestens zum 31.01.04 bzw. 15.02.04 vor. Zu einem anderen Geschäft oder zu einer darüber hinaus gehenden Erweiterung der Frist hat der Bürgermeister kein Mandat.“ Neben dem Jubel macht sich aber die Sorge um die Situation der Stadt breit. Weil CDU-Mehrheit und Bürgermeister blind für alle guten Ratschläge waren, gibt es keine Alternativkonzepte für die aktuell prekäre Haushaltssituation. Der Kämmerer hatte sogar die Chuzpe, in dem jetzt vorliegenden Entwurf des Nachtragshaushalts sogar die 350.000 Euro aus den Zinseinnahmen aus dem erwarteten Deal einzustellen – Geld, dass überhaupt nicht verplanbar war.

www.nein-zu-cross-border.de

Bürgerbeteiligung vor Finanzgeschäften: KÖLN. Der Bürgerantrag des „ATTAC-Arbeitskreises Privatisierung“ wurde im Beschwerdeausschuss positiv aufgenommen. Der Ausschuss beschloss einen schwarz-grünen Resolutionsantrag an den Rat der Stadt Köln, in dem er dem Rat vorschlug, bei riskanten Finanzgeschäften wie Cross-Border-Leasing (CBL) und Private Public Partnership (PPP) grundsätzlich eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Der Rat be-

schloss den Antrag am 12.2.2004 mit den Stimmen von CDU, SPD, Grüne und PDS.

Attac erklärt dazu: „Bedauerlicherweise müssen wir aber feststellen, dass die schwarz/grünen Koalitionäre auf der nach oben offenen Ruchmeier-Skala bedenkliche Werte an Gedächtnisschwund erreichen. Denn als dann im Rat eine Stunde später der Antrag zur Durchführung des Schulleasingmodells (PPP) auf der Tagesordnung stand, wollte Schwarz-Grün von der Bürgerbeteiligung nichts mehr wissen. Aber vielleicht entspricht das ja auch dem Demokratieverständnis unserer Stadtregierung. Sie handelt offensichtlich nach dem Motto „was kümmern uns unsere Beschlüsse von vor einer Stunde“. www.attac-koeln.de

Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger: BRÜSSEL. In Belgien erhalten jetzt auch Staatsangehörige aus Ländern außerhalb der Europäischen Union das Kommunalwahlrecht. Ein entsprechendes Gesetz hat das belgische Abgeordnetenhaus am 19.2.04 gebilligt. Es ähnelt einer in den Niederlanden seit 1985 geltenden Regelung. Wählen können künftig alle Ausländer aus Drittstaaten, die mindestens seit fünf Jahren in Belgien wohnen. *FAZ 21.02.2004*

Nach Maatwerk-Pleite: PSA beenden: DÜSSELDORF. Zur Insolvenz der sogenannten „Personal-Service-Agentur“ (PSA) Maatwerk – in Düsseldorf sind 80 Personen betroffen – erklärt PDS-Ratsmitglied Frank Laubenburg: „Die PSA haben vor allem zwei Effekte gehabt: öffentliche Gelder wurden privaten Arbeitsvermittlern ohne jede Gegenleistung in den Rachen geschmissen und die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik – zum Beispiel im Bereich der ABM-Stellen – zusammengestrichen. Fakt ist: bei Maatwerk wie bei allen anderen PSA fand in erster Linie eine Verschiebung statt. So wurden nur Beschäftigte vom kommerziellen in den subventionierten Sektor der Zeitarbeit transferiert, wie selbst der Leiter der Zeitarbeitsfirma „Manpower“ zugeben muss. Zu erwarten ist, dass nach Maatwerk weitere PSA pleite machen, weil die horrenden Subventionen nachlassen. Die Düsseldorfer Kommunalpolitiker, die dem Verwaltungsausschuss der regionalen „Agentur für Arbeit“ angehören, müssen sich nun entschieden für ein Ende der PSA-Förderpolitik einsetzen, damit Mittel für eine reale, kommunale Beschäftigungsförderung frei werden. Einen entsprechenden Antrag stelle ich zur nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Dort möchte ich auch erfahren, was die Maatwerk-Subventionierung in Düsseldorf gekostet hat. www.pds-nrw.de

Zusammenstellung. baf

dju.verdi-verlage.de berichtet:

Breite Beteiligung am Streik der Zeitungsjournalisten

Einen Tag vor der achten Verhandlungsrunde hat sich die Zahl der streikenden Journalisten wieder verdoppelt. Allein in Bayern kamen heute neun Betriebe dazu, in Niedersachsen votierten die Kollegen und Kolleginnen des *Buxtehuder* und *Stader Tageblattes* sowie der *Goslarischen Zeitung* einstimmig für Streik, den sie auch gleich begannen.

Rund 700 Redakteurinnen und Redakteure aus norddeutschen Tageszeitungen – deutlich mehr als erwartet – trafen sich in Hamburg zu einer zentralen Streikkundgebung. Dem Aufruf von DJV und ver.di waren Journalisten aus allen norddeutschen Bundesländern gefolgt.

Die Kolleginnen und Kollegen aus Bremen heizten mit ihrem Leierkasten und einem selbst geschriebenen Streiklied (Refrain: „Die Arbeitgeber wollen – immer mehr Profit. Das geht auf unsere Knochen – da machen wir nicht mit.“) bei Temperaturen um den Gefrierpunkt kräftig ein. Süße „Streik-Küsse aus Mc Pomm“ symbolisierten die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern. Die niedersächsischen Streikbelegschaften hatten große Abordnungen und die „Zeitungsente“ an

Kolleginnen und Kollegen, sondern auch um die Medienvielfalt und die Qualität im Journalismus.“ DJV-Verhandlungsführer Hubert Engeroff betonte den engen Schulterschluss zwischen dju und DJV im Arbeitskampf.

Viele Buhrufe ernteten die Versuche der Verleger, die Streikenden zu demotivieren, indem an nicht Streikende Geschenke verteilt werden. Einmütige Meinung: Die Streikenden wollen keine Geschenke, sondern Verträge, die dem harten Job gerecht werden.

In Nordrhein-Westfalen brachten sich die streikenden Journalisten auf vielfältige, kreative Art in den Karneval ein – und so wird es auch morgen sein. Unter dem Motto: „Keine Panik auf der Titanic – Volle Kraft voraus auf den Tarifvertrag“ zum Beispiel bitten dju in ver.di und DJV diesmal die Streikenden von WAZ und NRZ und *Bild* zur Debatte auf den Streiktanker „MS Stadt Duisburg“.

Und was die Auswirkungen des Streiks auf das Produkt angeht: Bei der *Neuen Westfälischen* ist eine Lokalausgabe ganz ausgefallen und in Flensburg gibt es deutliche Leserreaktionen: Da stünden ja nur noch „olle Kamellen“

DJV: Wir sind nicht bereit, uns dem Tarifiedikt zu beugen

23.2.04 „Wenn sich die Verleger nicht bewegen, machen weitere Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage keinen Sinn“, sagte DJV-Verhandlungsführer Hubert Engeroff. Die streikenden Redakteurinnen und Redakteure kämpften nicht gegen die Verleger, sondern für den Flächentarifvertrag und die Qualitätszeitung.

BDZV: Wir sind zuversichtlich, dass es morgen einen Abschluss geben könnte

23.2.04. Die Zeitungsverleger sind zuversichtlich, in der morgigen achten Verhandlungsrunde einen neuen Mantel- und Gehaltstarifvertrag abschließen zu können. Der BDZV erkennt an, dass die Gewerkschaften grundsätzlich bereit sind, über notwendige Veränderungen der Tarifverträge zu verhandeln. Nach Angaben des BDZV beteiligten sich heute 500 Redakteure an dem Streik

die Elbe geschickt, die Schleswig-Holsteiner marschierten fast in voller Stärke den Jungfernstieg entlang zum Gerhard-Hauptmann-Platz.

Der Schauspieler Rolf Becker solidarisierte sich mit den Streikenden. Unter kämpferischem Beifall rezitierte er unter anderem Texte von Bertolt Brecht.

Vor dem Gebäude des Axel-Springer-Verlages legte der Demonstrationszug einen kurzen Zwischenstopp ein, um die Beschäftigten lautstark – aber leider vergeblich – aufzufordern, sich dem Streik anzuschließen. ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke erklärte: „Dreieinhalb Wochen Streik haben in zahlreichen kleinen Häusern viel in Bewegung gebracht. Es geht in diesem Arbeitskampf nicht nur um die berechtigten Forderungen der

drin, „mit riesigen Fotos, um die Lücken zu verdecken und uralt“, bemerken dann auch treue Leser und teilen dies den Streikenden mit. Wie sich überhaupt Solidaritätsadressen häufen – auch von einzelnen Menschen wie von Hans-Peter Bartels, der vermutet: „Aber auf Dauer Einkommen zu senken, Urlaub zu kürzen und Arbeitszeit zu verlängern, kann nicht die Lösung einer aktuellen Krise sein. Da soll offenbar mit den Existenzsorgen der Beschäftigten ein zynisches Spiel gespielt werden – Rollback oder Arbeitsplatzverlust. Das ist nicht akzeptabel. Dagegen lohnt es sich, zu kämpfen.“

Die Verhandlungen werden am Dienstag, den 24.2., um 12 Uhr im Kempinski Hotel Bristol Berlin, Kurfürstendamm 27 fortgesetzt. dju.verdi-verlage.de

Tariflicher Dammbruch verhindert

Das Urteil vieler Medien über den Tarifabschluss Metall fiel für die Metallarbeitgeberverbände negativ aus. Die meisten bewegten sich irgendwo zwischen „Punktsieger IG Metall“ (*Stuttgarter Zeitung*) und „vernichtende Niederlage“ der Arbeitgeber (*FAZ*). Dabei fiel das Urteil um so kritischer aus, je näher das jeweilige Organ oder auch der Parteienvertreter Unternehmerinteressen und speziell neoliberalen Ansichten steht. Warum?

Weil der Abschluss den Durchbruch für die betriebliche Öffnung und für massive Lohnsenkung nicht bringt. Das war nicht selbstverständlich.

Die Metallarbeitgeber hatten die betriebliche Öffnung für längere und unbezahlte Arbeitszeit bis zum Schluss als zentrale Forderung und Voraussetzung für einen Abschluss hochgehalten und damit nach innen und außen Erwartungen geweckt. Sie wussten sich dabei auf einer Linie mit handfesten betrieblichen Entwicklungen. Viele Unternehmen kommen zurzeit auf den Dreh, zur Reduzierung der Lohnkosten nicht die Monatseinkommen abzusenken, sondern bei gleicher Bezahlung die Arbeitszeit zu er-

höhen und damit die Stundenlöhne zu senken. Die Metallarbeitgeber hielten die Zeit für reif, aus diesen betrieblichen, rechtlich kritischen Improvisationen jetzt tarifliche, wasserdichte Regelungen zu machen. Sie waren überzeugt, die IG Metall in der Zange zu haben, eingeklemmt zwischen schwierigen betrieblichen Realitäten, den Flexibilisierungsforderungen der Öffentlichkeit, der Drohung der Politik mit gesetzlichen Öffnungsklauseln, manchem Frust in der Gewerkschaftsmitgliedschaft und nicht zuletzt der Angst vor einem baldigen neuen Streik angesichts des jüngsten Ost-Debakels. Damit haben sie sich vertan. In den Belegschaften setzte sich das Bewusstsein durch, dass es hier ans Eingemachte ging und um eine wirklich wichtige Entscheidung. Die Beteiligung an den Warnstreiks und Protestaktionen war hoch, die Mobilisierung rückte Urabstimmung und Streik in den Bereich des Möglichen. Und auch die öffentliche Meinung entwickelte sich nicht wie erwartet. Vielmehr war die Stimmung verbreitet, die Metallarbeitgeber gehen mit der Forderung nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung zu weit. Schließlich

mussten die Metallarbeitgeber an diesem Punkt den Rückzug antreten.

Die Lohnseite des Abschlusses weckt zwar keine Begeisterung: Nach zwei „Nullmonaten“ gibt es im März 2,2% und ein Jahr später 2,7% bei einer langen Gesamtlaufzeit von 26 Monaten. Die IG Metall weiß, dass sie hier bei der erwarteten Belebung der Konjunktur in die Klemme kommen kann. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass jeweils 0,7% des Erhöhungsvolumens für die Bezahlung der Mehrkosten des gemeinsamen Entgelttrahmentarifs ERA abgezweigt werden. Sie werden in einem ersten Schritt in Form von fünf Einmalbeträgen an die Beschäftigten ausbezahlt, bleiben danach aber in einem betrieblichen Rückstellungstopf.

Der Abschluss dürfte in etwa die Preissteigerungen auffangen, die Verteuerung der Lebenshaltung aus sozialpolitischen Entscheidungen aber kaum. Trotzdem wird der Lohnabschluss im großen und ganzen akzeptiert werden. Auch hier spielen wie bei der Verlängerung der Arbeitszeit die betrieblichen Erfahrungen eine Rolle: Es sind nicht wenige und auch keineswegs nur kleine Unternehmen, wo derzeit Lohnerhöhungen ausgesetzt und verschoben werden oder gar Lohnkostensenkungen um 5, 10 oder gar 20% gefordert werden. Größere Investitionen am Standort gibt es häufig nur noch um den Preis von Lohnverzicht. Die Auswirkung

Ostdeutschland

Behauptet Sachsen eine Sonderrolle?

Nach anfänglichem Zaudern waren auch die Arbeitgeberverbände in Ostdeutschland bereit, den in Baden-Württemberg erzielten Pilotabschluss zu übernehmen. Die IG Metall hatte zugestanden, dass über den Kompromiss in Pforzheim hinaus die ostdeutschen Arbeitgeber die jeweiligen vereinbarten Einmalzahlungen auch ganz oder teilweise entfallen lassen können, sofern Betriebsrat und Arbeitgeber eines Unternehmens dies beantragen und sofern Arbeitgeberverband und IG Metall einer solchen Regelung zustimmen. Vom Inhalt her entspricht dieses Zugeständnis den sogenannten Härtefallregelungen, die auch zuvor bereits auf Grundlage des Tarifvertrages über betriebliche Sonderregelungen Praxis waren. Die Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien ist auch mit der Aufnahme dieser Passagen nicht in Frage gestellt. Die Vorhaben der Arbeitgeber nach Verlagerung der Regelungskompetenz auf Betriebsrat und Arbeitgeber in Sachen Arbeitszeit und Entlohnung sind auch bei der Übernahme des Tarifergebnisses im Osten im wesentlichen gescheitert. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat das Scheitern der Arbeitgeber in dieser Sache zuvor bereits als vernichtende Niederlage gekennzeichnet. Die Wortwahl der *FAZ* drückt die tiefe Enttäu-

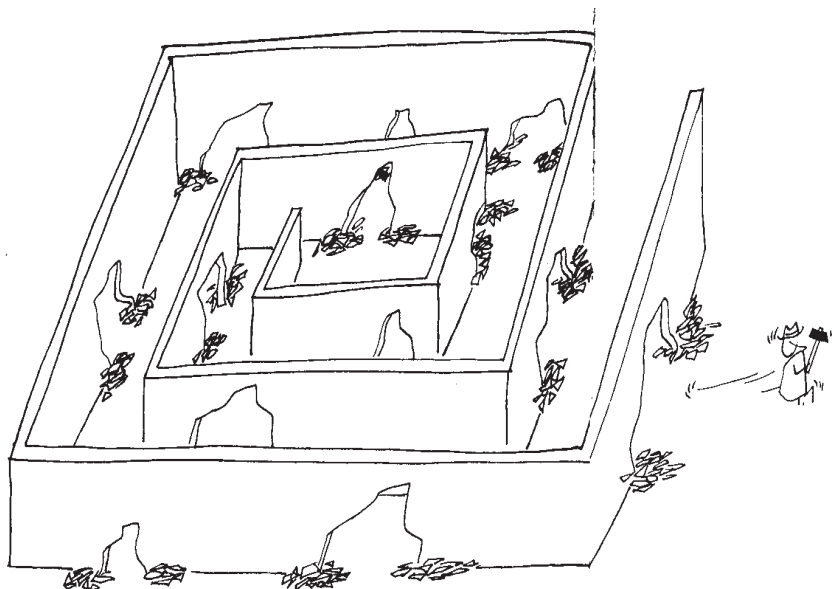
schung darüber aus, dass es nicht gelungen ist, der IG Metall eine Niederlage beizubringen. Stattdessen hat die IG Metall sich nach dem Debakel des verlorenen Tarifkampfes 2003 im Osten eher wieder festigen können.

Die Verständigung von Gesamtmetall und IG Metall

Die Übernahme des Pilotabschlusses im Osten basierte indes nicht auf die Stärke und Organisationskraft der IG Metall. In der Fläche sind die Belegschaften in den ostdeutschen Tarifgebieten noch nicht wieder streikfähig. Die tiefe Depression nach der Niederlage im letzten Jahr und den nicht bewältigten Konflikten innerhalb der IG Metall und innerhalb der Belegschaften ist kaum zu übersehen. Basis der Übernahme war vielmehr die Verständigung von IG Metall und Gesamtmetall. Kannegiesser und die anderen Funktionäre von Gesamtmetall hatten nach dem Ergebnis in Baden-Württemberg auf die Übernahme durch die ostdeutschen Arbeitgeberverbände hingewirkt. Am 20. Februar schließlich übernahmen mehrere Ostbezirke den ausgehandelten Kompromiss. Tags zuvor waren in Vorbereitung der Verhandlungen durch intensive Konsultationen mit den Spitzen sämtlicher ostdeutscher Regio-

nalverbände eine Vorweg-Verständigung erzielt worden. Lediglich der Arbeitgeberverband Sachsen mit seinem Präsidenten Bodo Finger hatte im Nachhinein die Verständigung wieder aufgekündigt. Sachsen fährt einen eigenen Kurs. Sachsen widersetzt sich Gesamtmetall und Sachsen ist bereit, den eigenen Verband aufs Spiel zu setzen. Für den Fortgang dieses Konfliktes gibt es nur zwei Optionen. Entweder knickt der sächsische Arbeitgeberverband doch noch ein und unterschreibt den Kompromiss oder in Sachsen kommt kein Flächentarifvertrag zustande. Die IG Metall wird keinen Kompromiss vom Kompromiss unterschreiben. Im Falle des Nichtabschlusses wird mit den 25 wichtigsten Unternehmen in Sachsen über Haustarifverträge verhandelt werden und notfalls werden diese Haustarifverträge erstreikt. Die nötige Kampfbereitschaft dafür ist in diesen Betrieben vorhanden.

Insgesamt darf der Erfolg der IG Metall nicht darüber hinwegtäuschen: Es wird in der Metall- und Elektrobranche zu Differenzierungen innerhalb des Flächentarifs kommen. Anträge der Betriebsparteien auf geänderte Arbeitszeiten und Entlohnungssysteme im Sinne von Härtefallregelungen werden gestellt werden. Die IG Metall ist deshalb dringend darauf angewiesen, sich stärker mit den Betriebsräten zu verbinden und den Betriebsräten mehr Gewicht in der Organisation zu verleihen. *br*



gen der internationalen Lohn drift sind auch in der Metall- und Elektroindustrie angekommen. Vor diesem Hintergrund sieht auch der Lohnabschluss in vielen Fällen nicht schlecht aus. Und noch ist er nicht bundesweit durchgesetzt. Insbesondere der sächsische Arbeitgeberverband will ihn so nicht übernehmen.

Andererseits haben auch die Metallarbeitgeber im Ergebnis Interessen untergebracht. In den Worten des baden-württembergischen Verhandlungsführers Zwiebelhofer: „Jetzt läuft mehr in den Betrieben“. Hier bieten sich – soweit man das aus der bisherigen Ergebnisübersicht der IG Metall ablesen kann – eine Reihe von Ansatzpunkten bei der Arbeitszeit, die in einer besonderen Vereinbarung geregelt wurden: Die Betriebsparteien prüfen, ob die schon bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Die Tarifparteien beraten dazu auf Wunsch. Wenn das nicht ausreicht, werden die Tarifparteien nach gemeinsamer Prüfung ergänzende Tarifregelungen vereinbaren oder befristet von tariflichen Mindeststandards abweichen. Die Entscheidung bleibt aber bei den Tarifparteien.

Die 18%-Regelung für 40-Stünder, das alte Hintertor gegen die 35-Stunden-Woche, wird weiter aufgemacht. Zunächst in Betrieben, wo mehr als die Hälfte der Beschäftigten in den beiden obersten Entgeltgruppen eingruppiert sind. Dort können die Betriebsparteien selber die Quote bis auf 50% erhöhen (freilich mit entsprechender Aufzahlung). Aber auch anderswo gibt es eine Möglichkeit: Zur „Förderung von Innovationsprozessen oder der Behebung des Fachkräftemangels“ können dort die Betriebsparteien bei den Tarifparteien die Erhöhung der Quote beantragen. Vielen Unternehmen schmeckt der Umweg über die Gewerkschaft nicht, aber ein Weg für mehr längere Wochenarbeitszeiten ist jedenfalls aufgetan.

Schließlich haben sich die Tarifparteien verpflichtet, die seit vielen Monaten laufenden Verhandlungen über Arbeitszeitkonten zu einem Abschluss zu bringen und darin den Betriebsparteien mehr Spielraum zu übertragen. Und auch hier haben die Arbeitgeber ein Element von Wochenarbeitszeitverlängerung hineinschmuggeln können: Wenn dauerhaft mehr Arbeitsvolumen nötig ist und die Betriebsparteien Neueinstellungen vereinbaren; wenn diese Neueinstellungen nun nicht rechtzeitig für den (bekanntlich immer unplanbar raschen) Bedarf möglich sind; und wenn außerdem die Möglichkeiten der Flexi-Zeitkonten ausgeschöpft sind – dann können die Betriebsparteien eine freiwillige Betriebsvereinbarung treffen, dass die Wochenarbeitszeit bis längstens sechs Monate auf bis zu 40 Stunden verlängert wird. Die Mehrstunden werden in diesem Fall ohne Zuschläge gutgeschrieben oder ausgezahlt. Ohne viel Phantasie kann man sich hier eine mögliche Strategie von Unternehmensleitungen ausmalen: Den höheren Personalbedarf erst mal über die längere Wochenarbeitszeit decken und diese dann (nach erfolgloser, mehr oder weniger intensiver Personalsuche) über die sechs Monate hinaus fortführen. Können diese 40 Stunden dann wirklich wieder auf 35 zurückgeführt werden? Nach den Erfahrungen mit der 18%-Quote sind Zweifel angebracht. An diesem Punkt ist die Zufriedenheit der Zwiebelhofer und Kannegießer vermutlich echt und nicht etwa vorgespiegelt, um die Verbandsmitglieder zu beschwichtigen, weil die lautstark propagierten Maximalziele nicht erreicht wurden. Sie haben die 35-Stunden-Woche nie akzeptiert und haben jetzt mehr Ausnahmemöglichkeiten im Tarif untergebracht. Den großen Durchbruch hat die IG Metall aber verhindert. Es tut gut, die Herren Merz und Westerwelle zur Abwechslung mal wieder enttäuscht zu sehen. rok

BdA droht Ende der dualen Ausbildung an. HB, Die. 17.2.04.

– Mit dem Ende der dualen Berufsausbildung im Falle der Einführung der Ausbildungsplatzabgabe drohte BdA-Präsident D. Hundt. Die Ausbildungsplatzabgabe würde nur zu neuen Belastungen der Unternehmen führen. Die schlechte wirtschaftliche Lage, ein neuer Rekord an Insolvenzen und die mangelhafte schulische Ausbildung von Jugendlichen seien die eigentlichen Ursachen für die Probleme auf dem Lehrstellenmarkt. Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, M. Wansleben, sagte: „Wenn die Abgabe kommt, wird die duale Ausbildung verstaatlicht.“ Um dem „sich abzeichnenden schweren Fehler“ der Bundesregierung etwas entgegen zu setzen, will der DIHK in Kürze ein neues Aktionsprogramm für mehr Lehrstellen starten.

Kassenärztliche Vereinigung meldet Rückgang der Arztbesuche.

– Seit Einführung der Praxisgebühr Anfang 2004 ist die Zahl der Arztbesuche im Durchschnitt um 10 bis 15% gesunken. Bei Orthopäden, Hautärzten und Hals-Nasen-Ohrenärzten wurden Rückgänge von bis zu 40% registriert, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hausärzteverbandes, E. Mehl.

EU greift Existenzberechtigung der Sparkassen an. HB, Frei./Sa., 20./21.2.2004.

– Lt. § 40 des Kreditwesengesetzes dürfen nur öffentlich-rechtliche Institute den Namen Sparkasse führen. Das erschwert den Kauf durch private Wettbewerber. Nach Auffassung von EU-Binnenmarktkommissar F. Bolkestein steht der Paragraf nicht im Einklang mit dem EU-Recht. Für den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ist der Paragraf schlicht eine Verbraucherschutzvorschrift. „Es geht nicht um irgendwelche Privilegien“, so DSGV-Vorstand H. Berndt.

Industriearbeitgeber fordern Machtwort des Kanzlers in der Energiepolitik. L.Z., Frei., 20.2.04.

– Die hohen Strompreise, die zum Großteil durch Eingriffe der Politik verursacht seien, gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, so W. Marnette, Chef des Energieausschusses beim BDI. Kanzler Schröder solle Umweltminister J. Trittin in die Schranken weisen und den Atomausstieg rückgängig machen. Marnette, (auch Vorstandschef der Norddeutschen Affinerie) beklagte den Anstieg der Strompreise. Für sein Unternehmen belaufe sich die „dramatische Zusatzbelastung“ auf 20 % im letzten Jahr. Kostentreiber seien vor allem die Ökosteuer sowie die Förderung der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung über Strompreismulden. Grundsätzlich müsse der derzeitige Energiemix erhalten bleiben, also auch die Nutzung der Atomkraft. Presseauswertung: rst

Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken für den 8. und 9. Mai 2004 nach Rom einberufen – Dokumente

PDS-Presseerklärung vom 18.2.

Wolfgang Gehrcke, Sprecher für Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit des PDS-Parteivorstandes, erklärt:

Der Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken ist von der internationalen Vorbereitungsgruppe für den 8. und 9. Mai 2004 nach Rom einberufen worden. Damit wird die italienische Hauptstadt Gastgeber für zwei europäische Parteigründungen; der Europäischen Partei der Grünen am kommenden Wochenende und der Partei der Europäischen Linken Anfang Mai, wenn sich der Sieg über den Faschismus zum 59. Male jährt. Zur Gründung der Partei der Europäischen Linken haben elf Linksparteien aus zehn europäischen Ländern aufgerufen. Nach Rom sind demokra-

tisch-sozialistische, kommunistische und andere linke Parteien sowie politische Organisationen aus allen Teilen Europas eingeladen.

Zur Diskussion und zur Ratifizierung liegen den Linksparteien die Entwürfe eines Programms und eines Statuts vor. Die Entscheidung über Programm und Statut trifft der Gründungskongress. Das Statut eröffnet die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft oder die Mitarbeit als Beobachter. Darüber hinaus stellt der Entwurf die Möglichkeit der Mitgliedschaft auch von einzelnen Personen zur Diskussion.

Alle Parteien und politischen Organisationen, die sich am Gründungskongress beteiligen wollen, können bis zu 12 Delegierte entsenden. Darüber hinaus ist der Kongress für alle Interessierten zugänglich. Offene Foren betonen die Dia-

logbereitschaft der Linken in Europa, besonders mit den Friedens- und sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften.

Der zentrale Gedanke des Programms ist, die Politik aus den Hinterzimmern der Macht wieder in die öffentlichen Räume zurückzuholen. Die Partei der Europäischen Linken tritt für ein von Massenvernichtungswaffen freies Europa vom Atlantik bis zum Ural ein. Die Europäische Linke engagiert sich gegen die Zerstörung des Sozialen und fordert, soziale und ökologische Mindeststandards in Europa zu sichern. Die Linke will ein weltoffenes Europa, das seine Grenzen für Menschen in Not öffnet und der kapitalistischen Globalisierung Widerstand leistet. Die Europäische Linke verteidigt die kulturelle Vielfalt und die Freiheit des Geistes gegen die Eintönigkeit der Marktradikalität.

Wolfgang Gehrcke – Interview in Neues Deutschland, 16.2.2004

Nach dem Berliner Treffen vom 10./11. Januar haben die Initiatoren der Partei der Europäischen Linken am Wochenende in Athen weitere Grundlagen für die Bildung der neuen Partei geschaffen. Mit Wolfgang Gehrcke, dem außenpolitischen Sprecher des PDS-Parteivorstandes und früheren Bundestagsabgeordneten, sprach Jochen Reinert.

ND: Welchen Stellenwert wird das Athener Treffen im Geburtsprozess der Europäischen Linkspartei einnehmen?

Gehrcke: Das Athener Treffen wird eine ähnlich markante Etappe der Gründung der Partei der Europäischen Linken sein, wie es das Berliner Initiativtreffen im Januar war. Das Athener Treffen hat den Gründungskongress der Partei für den 8. und 9. Mai nach Rom einberufen. Das ist wohl die wichtigste Botschaft.

Wie tragfähig haben sich die Vorarbeiten des Berliner Treffens – der Gründungsaufwurf und der Programmentwurf – erwiesen?

Die internationale Vorbereitungsgruppe hat noch einmal sehr intensiv über den Programmentwurf und auch das Statut gesprochen. Es treffen natürlich mit unseren Parteien aus den verschiedenen Regionen Europas unterschiedliche Kulturen und politische Sozialisationen aufeinander. Aber ich glaube, dass wir gemeinsam sehr moderne, offene und zukunftsweisende Formen der Kooperation gefunden haben. Programmentwurf und Statut werden in der nächsten Woche ver-

öffentlicht und liegen dann auch dem Gründungskongress vor.

Sind denn weitere Parteien zu den elf Unterzeichnern von Berlin gestoßen?

Nein, das war nicht das Ziel des Athener Treffens. Wir sind übereingekommen, dass alle Linken – demokratisch-sozialistische, sozialistische, kommunistische und andere Linksparteien, die interessiert sind – zum Gründungskongress in Rom eingeladen werden. Dort werden die Parteien, die den Gründungsaufwurf bisher nicht signierten, erklären, in welcher Form sie sich an der Partei der Europäischen Linken beteiligen werden. Man kann beitreten als Mitgliedspartei mit den vollen Rechten und man kann sich als Beobachter an der Arbeit beteiligen. Drittens hat die PDS – sie ist hier mit Lothar Bisky, Helmut Scholz und mir vertreten – vorgeschlagen, dass wir auch die Möglichkeit einer individuellen Mitgliedschaft eröffnen. Das ist von vielen Parteien sehr interessiert aufgenommen worden.

Was wurde im Einzelnen über den Gründungskongress in Rom verabredet?

Wir wollen den Gründungskongress von Anfang an sehr offen gestalten. Alle Parteien, die es wollen, können bis zu zwölf Delegierte entsenden. Darüber hinaus sind Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder der Parteien, Sympathisanten eingeladen. Wir werden neben der politischen Generaldebatte über Programm und Statut eine Reihe öffentlicher Foren durchführen, wo wir auch linke Persönlichkeiten, die bislang nicht beteiligt waren, zu

solchen Themen wie Europa und Globalisierung um ihren Beitrag bitten. Die Gründungstage sind ja bereits historische Tage. Der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus, der 9. Mai als Tag der Unterzeichnung der Römischen Verträge über die Gründung der EWG. Die europäische Linke wird an der zu erwartenden Debatte an diesen Tagen in Rom mit ihrem sehr speziellen Akzent teilnehmen.

Rom – bedeutet das auch, dass die Partei der kommunistischen Wiedergründung, die ja den Berliner Aufruf unterschrieb, mit Fausto Bertinotti den ersten Vorsitzenden der neuen Partei stellt?

Nein, da ist noch nichts entschieden. Die internationale Vorbereitungsgruppe hat alle Parteien gebeten, Vorschläge zu unterbreiten. Bei Italien ist natürlich auch zu bedenken, dass neben der Partei Bertinottis die Partei der Italienischen Kommunisten als Beobachter an dem Prozess teilnimmt. Und beide Parteien, so unser Wunsch, werden sich beim Gründungskongress engagieren.

Einige Linksparteien, etwa die in Nordeuropa, sehen ihre Souveränität zu sehr eingeschränkt, wenn sie an dem Projekt teilnehmen. Wie antworten die Parteinitiatoren auf derartige Bedenken?

Wir haben diese Frage – ebenso wie die, ob die Zeit für die Gründung reif ist – hier noch einmal sehr gründlich erörtert. Angesichts der neoliberalen Zerstörung und der Kriegspolitik in Europa, halten wir die Zeit für überreif, dass sich die europäische Linke zu neuen Formen verein-

igt, die sie konkurrenzfähiger und ausstrahlender macht. Und die zweite Frage: Die Parteibildung wird die Souveränität der einzelnen Parteien nicht einschränken. Wir haben ausdrücklich – auch das war eine Intervention der PDS – in den Entwurf des Statutes hineingeschrieben, dass wir auf der Basis der Zustimmung aller Beteiligten und unter Wahrung der Autonomie der einzelnen Parteien arbeiten wollen.

Inwieweit kann die Parteigründung die europäische Linke, die in vielen Ländern in der Defensive ist, voranbringen?

Unsere Chancen werden besser, wenn unsere Analysen präziser und schärfer werden, weil wir sie nicht mehr nur aus nationaler Sicht treffen. Auch die politischen Alternativen werden klarer und ausstrahlender, wenn sie grenzüberschreitenden Charakter haben. Und wir wollen natürlich auch bessere Verabredungen zu politischen Aktionen und zur Kooperation mit der globalisierungskritischen Bewegung, den Sozialforen und den Gewerkschaften herstellen. Wir haben von Athen aus auch noch einmal aufgerufen, an dem globalen Aktionstag gegen den Krieg am 20. März teilzunehmen.

Einer der Fixpunkte der Parteigründung war ja die Europawahlen am 13. Juni. Was wurde denn im Hinblick auf die Zusammenarbeit vor den Europawahlen vereinbart?

Natürlich kandidieren bei den Europawahlen die einzelnen nationalen linken Parteien in ihren jeweiligen Ländern. Wir werden jedoch z.B. Rednerinnen und Redner auf den Wahlkundgebungen austauschen. Wir werden versuchen, gemeinsame Werbemittel im Europawahlkampf einzusetzen. Und wir werden natürlich als Linke in Europa über eigene Aktionen hinaus auch auf europapolitische Initiativen anderer reagieren. Das macht den Europawahlkampf spannender, und davon kann auch die PDS profitieren.

Bisher 11 Parteien

Den Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken haben bisher 11 Parteien unterzeichnet:

- Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei,
- Französische KP,
- Linkskoalition SYNASPISMOS (Griechenland),
- Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Italien),
- Die Linke (Luxemburg),
- KP Österreichs,
- KP der Slowakei,
- Vereinigte Linke Spaniens,
- KP Böhmens und Mährens,
- Partei des Demokratischen Sozialismus Tschechiens,
- Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD).

(ND 16.02.04)

Vereinbarter Entwurf der Initiativgruppe der programmatischen Grundlage für die PEL

Programm der Partei der Europäischen Linken

In Europa keimt neue Hoffnung auf. Eine neue Vision inspiriert immer mehr Europäer und vereint sie zu großen Aktionen des Widerstandes gegen die Durchsetzung einer kapitalistischen Einbahnstraße, mit der die Menschheit in die Falle neuen sozialen und kulturellen Rückschritts gelockt werden soll. Die Situation der Völker, der sozialen Akteure und des einzelnen Menschen ist von Unsicherheit, Ungewissheit und ungeschützten Arbeitsverhältnissen geprägt. Neuer, starker Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung ist im Entstehen. Es ergeben sich neue Möglichkeiten, das Leben der Männer und Frauen zu verändern, die von den Katastrophen der kapitalistischen Globalisierungspolitik mehr und mehr betroffen sind.

Die neuen Formen der Macht führen weltweit zu Krisen der Nationalstaaten, der Bündnissysteme und der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Weltordnung. Die Theorie des permanenten Krieges, wie sie gegenwärtig in der Bush-Doktrin zum Ausdruck kommt, der Strudel terroristischer Gewalt, die von diesem Krieg genährt wird, lässt Ungleichheiten wachsen und das Feld für Demokratie schrumpfen.

Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeglicher Form.

Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin,

einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt.

Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent – neben der traditionellen politischen Ebene der Nationalstaaten, Regionen, Gemeinden und nicht abgeschottet von der internationalen Entwicklung – zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.

Daher sehen wir die weltweite Bewegung für eine andere Welt, ihren wachsenden Austausch sowie ihren Einfluss innerhalb und auf die traditionellen sozialen, gewerkschaftlichen, feministischen, ökologischen und demokratischen Bewegungen als neue Kräfte im Konflikt für diese Veränderung. Alle diese Bewegungen setzen dem „privaten Raum“ der Weltmächte einen „öffentlichen Raum“ entgegen, in dem verschiedene Akteure Grundrechte einfordern – Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung vor der Natur. Die politische Linke gehört dazu. Das verleiht der Politik der Transformation neue Kraft.

Die ganz eigenen kulturellen, politischen Erfahrungen und sozialen Kämpfe in den europäischen Ländern haben das Wesen des europäischen Sozialmodells geprägt. Wir haben diese politischen und kulturellen Wurzeln im Auge, nicht der Marktwert, der ihm heute durch die Politik von Maastricht und die Beschlüsse der Europäischen Zentralbank zugeordnet wird.

In Europa, in allen unseren Ländern leiden die Menschen heute unter der Politik des globalisierten Kapitalismus, den die Regierungen im Interesse des Großkapitals und seiner Lobbys durchsetzen. Diese untergräbt die Solidarität und die sozialen Errungenschaften, die in schweren Kämpfen erreicht wurden. Wir erleben einen Generalangriff auf die Rentensysteme, den Abbau und die Privatisierung der Sozialversicherung, die Einführung der Marktgesetze für solch wesentliche öffentliche Dienstleistungen und Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, für Gemeinschaftsgüter wie Wasser und andere Naturressourcen, die Dere-



Europäisches Sozialforum in Paris, November 2003; Abschlusskundgebung. Bilder: Arbeiterfotografie

gulierung des Arbeitsmarktes, vor allem die Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen Gewerkschaften wird zunehmend härter vorgegangen, Immigranten werden kriminalisiert.

Alles – von der Arbeit bis zum Alltagsleben der Menschen – wird zur Ware. Im Europa von heute nehmen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Militarisierung nach außen – wie im Balkan-, Afghanistan- und Irak-Krieg demonstriert – und nach innen durch repressive, Freiheit raubende Gesetze gegen jene, die sich der neoliberalen Politik entgegenstellen, immer mehr zu. Das löst Politikverdrossenheit in wachsenden Teilen der Gesellschaft, Kämpfe unter den Armen aus, lässt Populismus, Rassismus und Antisemitismus wieder aufleben.

Das sozialdemokratische Konzept des „Dritten Weges“ ist in Europa gescheitert, weil er dieser Entwicklung nichts entgegengesetzt und sie damit befördert hat. Das schafft neue Möglichkeiten und erhöht zugleich die Verantwortung für die Linke, die die gegenwärtige Welt verändern will. Aber wir können nicht auf den traditionellen Weg des 20. Jahrhunderts zurückkehren, der den Kräften mit revolutionärer Inspiration große Erfolge, aber auch große Niederlagen und Tragödien gebracht hat.

Um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir an breiterer Front vorgehen. In Europa ist die Schaffung einer alternativen, radikalen, ökologischen und feministischen Linken die Herausforderung der neuen Phase, die jetzt beginnt. Der plurale Charakter der Bewegungen kann jetzt von dieser neuen politischen Kraft durchdrungen werden, denn wir wollen ein neues Verhältnis von Gesellschaft und Politik entwickeln.

Wir wollen den Entwurf für ein anderes Europa vorlegen, der EU einen anderen Inhalt geben: unabhängig von der Hegemonie der USA, offen zum Süden dieser Welt, ein alternatives soziales und politisches Modell zum Kapitalismus, aktiv gegen wachsende Militarisierung und Krieg, für Umweltschutz und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Wir fordern das Recht auf Staatsbürgerschaft für alle Menschen, die in Europa leben.

Wir wollen ein Europa, das frei ist von der antidemokratischen und neoliberalen Politik der WTO und des IMF, das die NATO, ausländische Militärbasen und jegliches Modell einer europäischen Verteidigungsarmee ablehnt, die den Wettlauf des Militärs und das Wettrüsten in der Welt weiter anheizt. Wir wollen ein Europa des Friedens und der Solidarität, frei von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen, ein Europa, das Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen ablehnt. Das betrifft besonders den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO geregelt werden muss.



Weltweiter Aktionstag gegen den Irak-Krieg am 15.2.03. Arbeiterfotografie

Wir, die linken politischen Kräfte dieses Kontinents, wollen mithelfen, dass eine neue Kraft für Veränderung entsteht.

Wir, Parteien und politische Organisationen, die sich für kommunistische, sozialistische, demokratische, ökologische und feministische Zielstellungen, gegen Neoliberalismus und für soziale Veränderungen einsetzen, wollen, dass ein neues politisches Subjekt entsteht: die Partei der Europäischen Linken (EL).

Wir wollen diese Hoffnung verkörpern, die uns in die Lage versetzen wird, die Fragen der Globalisierung, des Weltfriedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichstellung der Geschlechter, eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen, einer nachhaltigen, ausgewogenen Entwicklung, der Achtung der verschiedenen kulturellen, religiösen, ideologischen oder sexuellen Orientierungen auf neue Weise anzugehen.

Wir sehen die Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozialen und demokratischen Transformation Europas. Ja, die Zeit ist gekommen, den Kampf gegen das Dogma von der sakrosankten Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, gegen die Macht der Finanzmärkte und multinationalen Konzerne zu verstärken und stattdessen zu erreichen, dass die Bürger aktiv in eine Politik eingreifen, die in ihrem Namen durchgeführt wird.

Angesichts von Rezession und wachsender Arbeitslosigkeit müssen die Orientierungen des Stabilitätspaktes und der Europäischen Zentralbank in Frage gestellt, muss eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführt, müssen soziale Prioritäten für Vollbeschäftigung und Ausbildung, für öffentliche Dienstleistungen und mutige Investitionen, darunter in die Umwelt, gesetzt werden. Eine Besteuerung der Kapitalflüsse ist einzuführen. Andere Prioritäten müssen her, bei denen der Mensch und nicht das Geld im Vordergrund steht.

Wir wollen uns überall in Europa für größere Rechte der Lohnempfänger am Arbeitsplatz einsetzen. Die öffentlichen Dienstleistungen halten wir für unverzichtbar, um das Recht auf gleichen Zugang für jedermann zu Bildung, Wasser, Nahrung, Gesundheit, Energie und Ver-

kehr zu garantieren. Wir sind für modernisierte, dezentralisierte und demokratisierte öffentliche Dienstleistungen, um soziale Rechte für jedermann zu sichern.

In diesem Jahr treten zehn Länder der Europäischen Union bei. Weitere haben diesen Wunsch geäußert. Aber sowohl in diesen Ländern als auch in den heutigen Mitgliedstaaten der EU gibt es bedeutende politische und gesellschaftliche Kräfte, die die Erweiterung mit Vorbehalten oder offener Feindschaft sehen. Diese Tendenzen verstärken sich dadurch, dass die gegenwärtigen strategischen Entscheidungen die EU in eine Sackgasse führen.

Die Europäische Linkspartei wendet sich auch den vor allem durch die Transformation entstandenen Problemen der Länder auf dem Balkan und in Osteuropa zu, die sich heute außerhalb der EU befinden. Sie stehen vor dem Dilemma, eine selbständige Entwicklung einzuschlagen oder sich der kapitalistischen Integration Europas anzuschließen, um all die Konflikte zu lösen, die in Gegenwart und Zukunft auf ihre Gesellschaften zukommen. Die EL ist bereit, mit allen demokratischen Kräften dieser Länder für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit, für soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Stärkung der demokratischen Institutionen zusammen zu wirken.

Wir wollen erreichen, dass die gewählten Gremien – das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sowie repräsentative EU-Gremien wie der Wirtschafts- und Sozialausschuss oder der Ausschuss der Regionen mehr Handlungs- und Kontrollrechte erhalten. Wie immer wir insgesamt zu dem gegenwärtig debattierten Verfassungsvertrag stehen mögen, wir wenden uns gegen ein Direktorat der Großmächte. Wir akzeptieren auch ihren Wunsch nicht, uns ultraliberale Wirtschaftskriterien und eine Militarisierung aufzuzwingen, die zu wesentlichem sozialem Rückschritt führt.

Wir setzen uns unablässig dafür ein, die Möglichkeiten für das Handeln, für die Teilhabe und Kontrolle der Bürger auf allen Ebenen und in allen Phasen der europäischen Integration auszubauen.

Das Kernproblem der Krise der Euro-

päischen Union ist die Frage der Demokratie. Jahrzehntlang ist die Europäische Union von oben aufgebaut worden – unter Missachtung der großen Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen, ohne und oft gegen das Volk.

Aber es zeichnen sich bereits Veränderungen ab. Die großen Kämpfe der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Arbeiter und Bürger gegen den Krieg verändern die Lage. In nur wenigen Jahren haben sie zu einem breiten Zusammenschluss für Frieden, gleiche Menschenrechte und Achtung vor unserem Planeten geführt. Als politische Kräfte der sozialen Transformation wollen wir zu dieser neuen Dynamik beitragen, die gegen die neoliberale Politik gerichtet ist. Die Sozialforen sind wichtige Gelegenheiten für Debatte und Auseinandersetzung, für die Entwicklung von Alternativen zum heutigen neoliberalen Europa durch die Völker und Bürger. Die sozialen Bewegungen und ihre Kämpfe haben ihre eigene Dynamik, ihre selbständige Analyse, ihre Vorschläge und Initiativen. Wir sind dafür, die Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften gegen Diskriminierung jeglicher Art zu verteidigen, zugleich aber für die Erweiterung von Arbeiterrechten wie der Rechte für Arbeitslose und Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverhältnissen, für die Erweiterung der Demokratie am Arbeitsplatz und im Wirtschaftsleben auf allen Ebenen, darunter auf der europäischen Ebene, zu kämpfen.

Wir setzen uns für eine alternative, eine sozial-ökologische und nachhaltige Entwicklung, für einen Umbau der Wirtschaft ein, der auf dem Schutz von Umwelt und Klima, auf dem Grundsatz der Vorsorge, dem Einsatz umweltfreundlicher Technologien, auf lebenslanger sozialer Solidarität, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Unterstützung benachteiligter Regionen der Erde beruht.

Wir wollen, dass der Ausschuss der Regionen sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss als wesentliche Institutionen einer demokratischen Regionalpolitik der EU stärker an der Entscheidungsfindung der europäischen Institutionen beteiligt werden.

In der EU stoßen Interessengegensätze aufeinander. Uns gibt das neue politische Raum für den Klassenkampf zum Schutz der Arbeiterinteressen, der Demokratie sowie der europäischen Gesellschaft mit ihren Organisationen und Institutionen, darunter das Europäische Parlament.

Die EL verpflichtet sich, dazu beizutragen, dass die großen Veränderungen, die sie anstrebt, Realität werden, was zu einer ständigen Vertiefung von Frieden, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führen wird.

Kämpfen wir gemeinsam für eine neue Gesellschaft, für eine Welt, frei von Ausbeutung und Krieg.

Wir sagen heute: Eine andere Welt ist möglich. Die Zukunft ist hier. Es gibt kein Ende der Geschichte.

IG Metall zur EU-Osterweiterung

„Da hilft nur eine Vorwärtsstrategie“

Die IG Metall Vorstandsabteilung für Wirtschaft, Technologie und Umwelt hat Ende Januar eine Studie zur EU-Osterweiterung und ihren Folgen für die Arbeit der IG Metall vorgelegt, die eine breitere Beachtung verdient.

Angenehm an der Studie ist, dass nicht in die bei Gewerkschaften wie auf der parteipolitischen Linken auch heute noch gelegentlich zu beobachtende Abwehrhaltung gegen die EU-Osterweiterung (Stichwort: „Sozialdumping droht!“) verfällt. Noch in der letzten Legislaturperiode hatte z.B. die PDS-Bundestagsfraktion sich trotz wiederholter Debatten nicht dazu aufrufen können, für eine rasche Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den neuen Beitrittsländern einzutreten und die von der amtierenden Regierung durchgesetzte 7-jährige Übergangsfrist für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern zu kritisieren.

„Allgemein wird damit gerechnet“, heißt es demgegenüber nun in der Studie der IG Metall, „dass nach Einführung der vollen Freizügigkeit die Zuwanderung zunehmen wird.“ Vor dem Hintergrund demografischen Entwicklung sei diese Zuwanderung jedoch, so die IG Metall nun in ihrer Studie, „eher positiv zu sehen.“

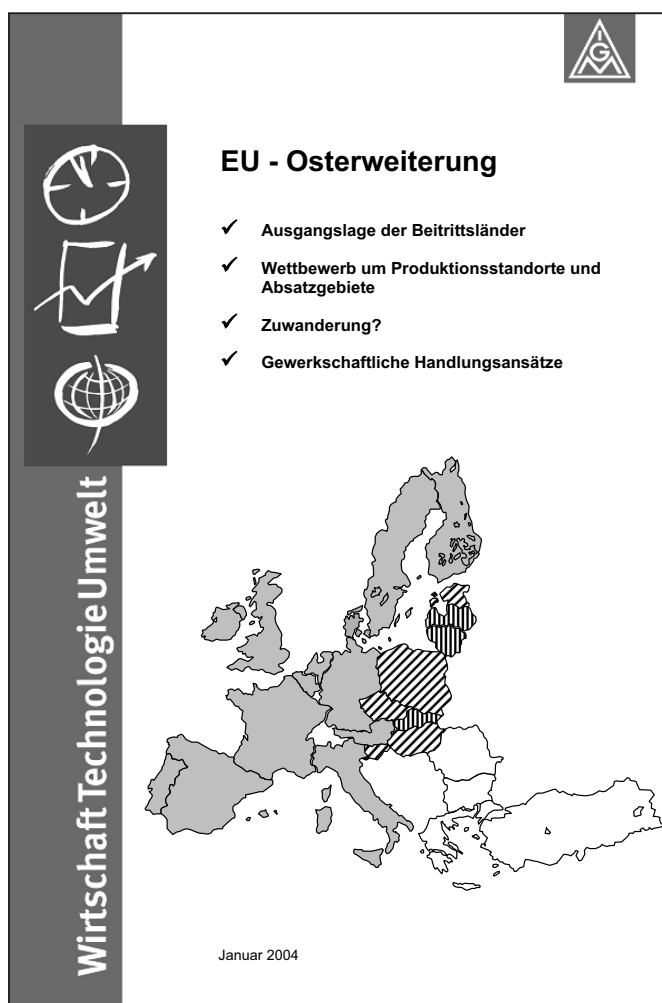
Generell, so der Grundtenor der Studie, sind bei vielen wichtigen Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Osterweiterung die Messen längst gesungen, sprich: Die Entscheidungen längst gefallen. „Da der Binnenmarkt mit all seinen ‚Freiheiten‘ ab dem 1. Mai 2004 verwirklicht sein wird ..., hilft nur eine Vorwärtsstrategie“, heißt es etwa im Abschnitt „Politische und soziale Regulierung“ der Osterweiterung.

Insgesamt, so die IG Metall, hätten sich die neuen Beitrittsländer „schon vor ihrem Beitritt zur EU stärker in den internationalen Kapitalverkehr integriert und ihre Märkte stärker geöffnet, als dies beispielsweise bei dem Beitritt Griechenlands im Jahre 1981 oder Spaniens und Portugals im Jahre 1986 der Fall war.“ (S. 9)

Auch im Bereich des industriellen Handels seien alle wichtigen Barrieren bereits beseitigt. „Der schon vor Jahren eingeleitete verschärfte Wettbewerb um Produktionsstandorte und Absatzgebiete auch gegenüber den mittel-/osteuropäischen Ländern wird nun institutionell abgesichert und damit zum normalen Alltag des EU-Binnenmarktes.“ (ebenda)

Schon jetzt exportierten deutsche

Unternehmen mehr Waren nach Osteuropa als in die USA. In der Metallindustrie dagegen sei die Handelsbilanz mittlerweile negativ. Grund, so die IG Metall, seien die zahlreichen Auslandswerke deutscher Konzerne, vor allem im Elektro- und Automobilbereich, aber auch im Maschinenbau, in den Beitrittsländern. Die Fertigung dieser Werke (z.B. des Motorenwerks von VW-Audi in Ungarn, aber auch von neuen Werken in der Tschechischen Republik und der Slowakei) werde weitgehend in die hiesigen Werke importiert und führe so zu einer negativen Handelsbilanz. Auch im Textil- und Bekleidungsbereich sei die deutsche Handelsbilanz infolge der vielen Auslandswerke und/oder Subunternehmen in diesen Ländern inzwischen negativ.



Der Gesamtbestand deutscher Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa stieg, so die IG Metall, von 0,9 Milliarden Euro in 1990 auf 40,5 Milliarden Euro in 2001.

Die schon lange innerhalb der EU zu beobachtende Tendenz, dass die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Mitgliedsländern stärker durch Auslandsproduktionen bzw. Produktionsketten als durch traditionellen Außenhandel geprägt ist, werde sich auch gegenüber den neuen Beitrittsländern schon bald durchsetzen. Allein in der Tschechischen Republik seien schon jetzt etwa 40 Zulieferfirmen der Automobilindustrie tätig. Insgesamt gebe es dort heute 55.000 Firmen, die aus dem Ausland geleitet würden, darunter 1.200 Niederlassungen großer ausländischer Konzerne. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in das Land habe sich von 1997 bis 2002 jedes Jahr verdoppelt, wird die Vorstandsvorsitzende von Skoda Auto zitiert. Firmen, die vom Ausland geleitet würden, produzierten in der Tschechischen Republik 65 bis 70 Prozent aller tschechischen Exportgüter im Produktionsbereich. (S. 17)

Zwar seien die Löhne der Beschäftigten in den Beitrittsländern noch auf lange Zeit viel niedriger als in der EU. Aber, so die IG Metall, inzwischen sei der „Anstieg der Löhne und Gehälter bereits im Gange.“ (S. 19)

Die Studie legt den Schluss nahe, dass die Gewerkschaften in der gesamten EU ihre Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der Beitrittsländer rasch intensivieren sollten, um diesen Aufholprozess zu beschleunigen. Nicht Abwehr von Freizügigkeit, sondern offensives Eintreten für eine rasche Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, lautet die Devise, auch wenn diese Angleichung sicher noch eine ganze Reihe von Jahren dauern wird. „Die enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gewerkschaften der Beitrittsländer wird so zu einem vorrangigen Anliegen der Gewerkschaften in den bisherigen Mitgliedsländern“, heißt es am Schluss. Zur Bekräftigung dieses offensiven Umgangs mit den Beitrittsproblemen gibt es vom IG Metall Vorstand inzwischen auch ausführliche Broschüren zur Situation der Gewerkschaftsbewegung und den Arbeits- und Sozialgesetzen der Beitrittsländer.

Auch wegen ihrer vielen Übersichten ist die Studie nicht nur für die gewerkschaftliche Arbeit im engeren Sinn nützlich, sondern auch im Wahlkampf zum Europaparlament gut verwendbar. *rül*

EU-Osterweiterung. Hrsg. IG Metall, FB Wirtschaft-Technologie-Umwelt, Lyoner Str. 32, 60528 Frankfurt/Main, Tel. 069-6693-2644, Fax 069-6693-2521, www.igmetall.de/download/ Januar 2004

Frauenarbeit in globalen Lieferketten von Wal Mart, ToysRUs und anderen Konzernen

Die britische Entwicklungshilfeorganisation Oxfam hat eine Studie über Arbeitsbedingungen und Löhne insbesondere von Frauen in der Dritten Welt vorgelegt. Schwerpunkt der Studie sind die Arbeitsbedingungen und Löhne von Frauen, die in globalen Lieferketten von Konzernen wie Wal Mart, ToysRUs und anderen Handelsketten arbeiten. Die Studie ist nützlich und informativ nicht nur für Globalisierungskritiker, sondern auch für viele Aktive in den Gewerkschaften.

Die IG Metall etwa hat auf ihrem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, bis 2010 mit 25 großen, international agierenden Konzernen in ihrem Organisationsbereich Vereinbarungen über „Verhaltenskodexe“ anzustreben, in denen diese Konzerne sich verpflichten sollen, die Kernarbeitsnormen der ILO (Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht, Verbot der Sklaverei, Verbot von Kinderarbeit und Schutz gegen geschlechtliche Diskriminierung) in ihrem Tätigkeitsgebiet strikt einzuhalten. Da die gesamte Textilindustrie jetzt zum Organisationsbereich der IG Metall gehört, bietet die Studie von Oxfam auch der IG Metall Stoff zum nachdenken und aktiv werden.

Die Studie basiert auf Untersuchungen in 12 Ländern (Bangladesch, Chile, China, Kolumbien, Honduras, Kenia, Marokko, Sri Lanka, Südafrika, Thailand, Großbritannien, USA) und mehr als 1.000 Interviews.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die großen Markenfirmen und Verkaufsketten der Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie, aber auch in der Spielwarenindustrie ihre marktbeherrschende Stellung auf den Weltmärkten nutzen, um ihre ohnehin beträchtlichen Unternehmensgewinne durch eine Politik der systematischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch in Sub-Unternehmen und bei Lieferfirmen weiter in

die Höhe zu treiben. Davon sind in den untersuchten Branchen und Ländern offenbar vor allem Frauen betroffen, die mittlerweile 60 bis 90% der Beschäftigten in diesen arbeitsintensiven Bereichen der globalen Lieferketten stellen.

In Chile etwa, so Oxfam, haben drei Viertel aller Obstpflückerinnen nur befristete Arbeitsverträge. Während der Saison arbeiten sie rund 60 Stunden in der Woche, trotzdem verdient jede Dritte nur das Mindestgehalt oder sogar noch weniger. In den Bekleidungsfabriken Bangladeschs besitzen mehr als die Hälfte der dort beschäftigten Frauen überhaupt keinen Arbeitsvertrag, Mutterschutz und Krankenversicherung gibt es nur in seltenen Fällen. Ähnlich katastrophal gestaltet sich die Situation in den Sonderwirtschaftszonen der Volksrepublik China. Dort müssen Frauen nach Oxfam-Erkenntnissen 150 Überstunden im Monat ableisten, gleichzeitig haben 90% von ihnen keine Sozialversicherung. Allerdings sieht die Lage in vermeintlichen „Hochlohnländern“ gelegentlich nicht besser aus. Im US-Bundesstaat Florida etwa leisten laut Oxfam Tomatenspflückerinnen während der Erntezeit bis zu 148 Überstunden, werden aber auch in dieser Zeit nur nach der eingesammelten Stückzahl bezahlt, so dass die Unternehmen 20 bis 50% der Lohnkosten einsparen, die einem Arbeitnehmer mit Vertrag zustehen würden.

In zahlreichen Fabriken, die auch für hiesige Textilketten, Kaufhauskonzerne und Supermarktketten arbeiten, haben bis zu 60 Prozent der Frauen in diesen Subunternehmen oder Lieferanten-Ketten noch nicht einmal einen Arbeitsvertrag.

Drei zentrale Forderungen leitet Oxfam aus den Ergebnissen der Studie ab:

erstens müssten allen Beschäftigten in den Werken und Lieferketten (also auch in jeder Art von Subunternehmen) von globalen Konzernen in Zukunft das Recht auf Organisation in Gewerkschaften und damit verbunden das Streikrecht haben;

zweitens sollen auch private Initiativen wie die von der IG Metall angestrebten „Codes of Conduct“ von Unternehmen die Einhaltung dieser internationalen Mindest-Arbeitsstandards garantieren;

drittens sollen Unternehmen sich verpflichten, auch die Verbraucher/innen ihrer Produkte über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Produktionsfirmen zu informieren und dafür sorgen, dass ihre Lieferanten diese internationalen Mindestnormen einhalten. *rül*

Die Studie ist im Internet herunterzuladen unter www.oxfam.org oder zu bestellen bei Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Tel. 030-42850621, info@oxfam.de



Politisch-literarische Reflexion

zum Thema *Flucht, Vertreibung, Erinnern* in der DDR-Literatur

Wir dokumentieren, etwas gekürzt, das Vorwort zum DTN-Dossier Nr. 3. Das Dossier kann beim GNN-Verlag Süd bestellt werden (2,30 Euro in Briefmarken beilegen).

Das Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. lud am 24. Januar 2004 nach Jena ein zur politischen und literarischen Reflexion von Flucht, Vertreibung und Erinnern in der deutschen und osteuropäischen Nachkriegsliteratur. (...)

Zum Hintergrund der Tagung: Wie die damaligen Westzonen hatte auch die sowjetische Besatzungszone nach der Niederlage des Faschismus und entsprechend dem Beschluss der Siegermächte im Potsdamer Abkommen Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler aufzunehmen. Für die im Westen entstehende BRD lässt sich das Bestreben nachweisen, jene Verluste an Staatsgebiet und Einflusszonen zurückzugewinnen. Die laut artikulierten Ansprüche der Vertriebenenverbände waren willkommen. Die DDR-Politik zu diesem Komplex basierte auf der Anerkennung der Nachkriegsordnung. Die Bildung von Vertriebenenorganisationen nach dem Muster des Westens wurde nicht geduldet. Bis Anfang der 50er Jahre unternahm die DDR-Gesellschaft große Anstrengungen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, in den folgenden Jahren hielt man die Sache für erledigt. Schule, Wissenschaft und Öffentlichkeit befassten das Thema nicht mehr. Die Erinnerungen blieben, unverarbeitet und ohne Beachtung.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD wurde die Haltung der DDR zu Flucht, Vertreibung, Umsiedlung Gegenstand von Vorwürfen, die von linker Politik forderten, Leid und Verlustgefühle der Menschen, die nach dem Krieg ihre Heimat verlassen mussten, anzuerkennen. Diese Rede ist der Einstieg, den die im Westen fest gefügten Vertriebenenverbände wählen, um mit der Feststellung eines „Vertreibungsunrechts“ die Nachkriegsordnung zu diskreditieren. Sie fordert und nährt expansive Tendenzen der Staatspolitik. Sie ist am rechten Rand des politischen Spektrums fest verortet und schafft ideologisch und organisatorisch Übergänge zwischen Konservatismus und Neofaschismus.

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass diese ausgebaute Gedankenführung nach der Wende auch im Osten um sich griff. Auch sind die Folgen im politischen Feld ähnlich. Es entsteht zur Beunruhigung der Nachbarn eine Mentalität des Forderns. Konservative und rechtsextreme Politikansätze werden gefördert.

Es ist aber wichtig zu begreifen, dass die Kritik der Vertriebenenpolitik wegen der ganz verschiedenen politischen und



kulturellen Vorgeschichte erheblich anders geführt werden muss, um aufklärend wirken zu können.

Die im Westen gängige Kritik geht von der sicheren Tatsache der Instrumentalisierung jener biografischen Erfahrungen für expansive Politik aus. Eine Kritik, die im Osten greifen soll, muss die Tendenz zur Ausblendung, zum Beschweigen, zur Nachordnung des Persönlichen und zur Repression von Meinungs- und Lebensäußerungen reflektieren.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, wieso vor nunmehr drei Jahren der erste Versuch einer direkten Auseinandersetzung mit Vertriebenenpolitik im Thüringer Forum in einen kaum lösbaren Konflikt mündete. Die notwendige Absage an eine Politik, die auf „Feststellung von Unrecht“, „Wiedergutmachung“, „Einsetzung in alte Rechte“ usw. aus stand, der Auseinandersetzung mit Kritiken an der Behandlung des ganzen Komplexes in der DDR im Wege und umgekehrt. (...)

Das Thüringer Forum hat zur Bearbeitung des Konfliktes die politisch-literarische Reflexion gewählt, ein Weg – der wie die Tagung zeigte – viele Aussichten auf tut. So hat sich als gleich als erstes gezeigt, dass die DDR-Literatur das Thema keineswegs totgeschwiegen hat.

Verlust der materiellen Grundlagen und der kulturellen Bezüge, zerrissene Bande der Familie, der Nachbarschaft, der Kollegialität, das In-eine-fremde-Umgebung-Geworfenwerden, das sind Erfahrungen, die sich in der Biografie von Menschen tief eingraben, besonders, wenn der Entschluss fortzuziehen nicht frei ist, sondern durch politische Gewalt veranlasst.

Die große Zahl von Menschen, die in der DDR mit solchen Einschnitten fertig werden musste – es hieß, in Mecklenburg-Vorpommern seien dies 65 % der Nachkriegsbevölkerung gewesen – ließ sich dabei von einer Grundstimmung leiten, die sich auch in der DDR-Hymne wiederfindet: „... und der Zukunft zugewandt“. Jene Stimmung, die Vergangenheit sein zu lassen, ging Hand in Hand mit einer Staatspolitik, die eine Beeinträchtigung ihrer Außenpolitik

etwa durch fordernde Vertriebenenverbände auch nicht geduldet hätte.

Diese kulturgeschichtlich nachwirkenden Gegebenheiten machen verständlich, dass nach dem Untergang der DDR, als eben jene inneren und äußeren Bedingungen weggefallen waren, das Vertreibungsproblem neu thematisiert wurde, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste und besseres Wissen.

Es gab eben Leute, die mit der Umsiedlung nicht fertig wurden, sondern Zeit ihres Lebens seelisch schmerzhaft verletzt und behindert blieben, bitter, dass ihr Kummer, der sich doch aus einem politischen Geschehen ergeben hatte, durch die nun politisch Verantwortlichen öffentlich nicht einmal registriert wurde.

Die nach dem Zusammenbruch der SED übrig gebliebene Linke musste sich fragen und fragen lassen, ob und wieso in dieser Sache ein Tabu bestanden habe und ob es weiter bestehe.

Für die Rechte ist das Thema eine Chance, die friedfertige Orientierung, die aus der DDR-Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung im Osten stabil geblieben ist, aufzubrechen. Wenn es ihnen gelänge, darzutun, die DDR-Führung habe berechnete Anliegen der Bevölkerung ihrer Außenpolitik geopfert und dies repressiv abgesichert, ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Auch lässt sich ein Gefühl erlittenen Unrechts sehr leicht in Forderungen ummünzen.

Die politisch-literarische Reflexion – das haben die Vorträge und dann auch die Diskussion gezeigt – verweist alle Teilnehmenden darauf, das innere Erleben der Personen mit Ernst zu würdigen, und darauf, dass dies nur glückt, wenn die politischen und kulturellen Bedingungen mit bedacht werden. Fehlt der Bezug auf jene äußeren Bedingungen, verliert die Erzählung den Wahrheitsgehalt.

So wird verständlich, warum der für die Vertriebenenagitation typisch kurze Schluss, der den Bericht vom Verlust des Zuhauses in Forderungen ummünzt, die – bei allem Mitgefühl für das erlebte Leid – trotzdem fade und irgendwie falsch klingen. Hier wird eben nicht die ganze Geschichte erzählt, hier wird aus politischen Gründen etwas weggelassen.

Das Gefühl der Tagungsteilnehmer für den falschen Ton hat wohl auch dafür gesorgt, dass der Vorschlag des Referenten Dr. Jörg Bilke scheiterte, der das alte DDR-Territorium als „Mitteldeutschland“ deklarieren wollte und die Aussiedlungsgebiete unter der Bezeichnung „Ostdeutschland“ zu fassen versuchte.

Zum Abschluss meinte Dr. Vera Haney vom Thüringer Forum, dass Flucht, Vertreibung und Umsiedlung wohl als integraler Teil des Kriegsgeschehens verstanden werden müssen, eine Ansicht, die in der Tat in der Diskussion durch Argumente von vielen Seiten gestützt worden war. Ebenso trifft zu, dass eine Erörterung des Themas im Kontext der aktuellen Politik noch aussteht.

Martin Fochler, DTN-Redaktion

29. Februar, Hamburg: *Neuwahlen zu Bürgerschaft/Bezirksversammlungen. Volksentscheid über Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser in Hamburg*

20. März, weltweit/bundesweit: *Internationaler Aktionstag gegen den Krieg*, Aufrufer: (u.a.) Europäischer Sozialgipfel in Paris, in Deutschland sind bis jetzt Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch „Stillhalten ist tödlich“ (<http://www.ippnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein, Hamburg, Berlin geplant, Infos über Aktionen in den USA: <http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/index.html>

21. März: *Sonderparteitag der SPD*, Neuwahl des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs

27. März, Rostock: *Internationale Friedenskonferenz der PDS (Ostseefriedenskonferenz)*

3./4. April 2004, Fulda: *Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

3. April: *Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau*. Es ruft auf: Europäischer Gewerkschaftsbund u.a. Auch in Berlin und in anderen Städten werden Demonstrationen stattfinden.

7.-9. Mai, München: *Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung*. Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik. Veranstalter: Kurs Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Siehe unter: www.kurteisner.de/muedik - Ausführlicheres in einer der nächsten Ausgaben der PB.

8./9. Mai, Rom: *Gründung der Partei der Europäischen Linken*

7.-9. Mai, Poznan/Polen: *Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU*. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment and Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen. www.epoc.uni-bremen.de/jrunje@ewig.uni-bremen.de

10./11. Mai, Bonn: *Nationaler Städtebaukongress: Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung*. Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

15./16. Mai, Sömmerrda: *Kommunalpolitische Konferenz der PDS*

23. Mai: *Bundespräsidentenwahl*

13. Juni: *Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.*

Gibt es einen Euro-Imperialismus?

Spätestens seit dem Irak hat sich die internationale Debatte um die politische Ordnung des Globalkapitalismus intensiviert: Empire oder American Empire? Gibt es eine Wende zum Projekt eines neoliberalen Empire? Und ist ein spezifischer Euroa-Kapitalismus entstanden, der auch eigene imperiale Strukturen und Projekte in einer neuen Konfrontation zu den USA herausbildet? Die RLS unterstützt in diesem Jahr mehrere Tagungen, die diese Fragen in den Mittelpunkt stellen:

- „Euro-Imperialismus?“ Im Anschluss an eine Konferenz „The Emergence of a new Euro-Capitalism“, <http://staff-www.uni-marburg.de/~feg/Aktuelles.html> zu der zum 11./12. Oktober 2002 die Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) an der Universität Marburg und der Verein Wissenstransfer <http://www.wissenstransfer.info/wissen/> mit Unterstützung der Rosa Luxemburg-Stiftung eingeladen hatten (ein Tagungsband ist mittlerweile bei VSA erschienen <http://www.vsa-verlag.de/vsa/index.html>, ein Bericht findet sich in der Zeitschrift Z 52 (Dezember 2002, S.167-174) wird nun am 21./22.05.04 vom selben Trägerkreis ebenfalls an der Universität Marburg (Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Am Krummbogen) ein weiterer Workshop zum Thema „Euro-Imperialismus?“ durchgeführt. Folgende Beiträge sind vorgesehen: Frank Deppe: „Euro-Kapitalismus und Euro-Imperialismus: brauchbare Analysekatoren?“ Peter Gowan: „Kann es einen Euro-Imperialismus geben?“ Hans-Jürgen Bieling: „Strukturelle Barrieren eines Euro-Imperialismus“ Ingo Schmidt: „Der Euro als Gegenprojekt zum

Hände weg

von Dr. Quijano und seiner Familie!

Der Arzt und Hochschul-Lehrer für Pharmakologie und Toxikologie Dr. Romy Quijano deckte die Vergiftung von Anwohnern und Arbeitern einer Bananen-Plantage auf der philippinischen Insel Mindanao mit dem BAYER-Gift NEMACUR und anderen Pestiziden auf.



Werden Sie aktiv! Helfen Sie mit!

Als Fax an 0211 - 33 39 40 oder per Post an

COORDINATION GEGEN
BAYER-GEFÄHREN (CBG)
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

- ☐ Ich unterstütze die Forderung
Hände weg von Dr. Quijano und seiner Familie!
- ☐ Ich spende für die Solikampagne
für Dr. Quijano und seine Familie€

Spenden Sie für diese Solidaritätskampagne unter dem

Stichwort „Dr. Quijano“

auf das Konto

**GLS-Bank 80 16 53 30 00
BLZ 430 609 67**

► www.CBGnetwork.org

27. Juni: Kommunalwahl in Thüringen.

29. Juli bis 1. August: *Linke Sommerschule* in Sondershausen

2.-3. September, Hamburg: *Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt*. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: Landtagswahl im Saarland

Dollar?“ Kees van der Pijl: „Strategien der transnationalen Konzerne in Europa“ Paul Schäfer: „Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) - Das militärische Projekt des Euro-Imperialismus?“ Giesela Neunhöffer: „EU-Osterweiterung - Euro-Imperialismus in Aktion?“ Ingo Malcher / Dieter Boris: „Imperialismus in Lateinamerika - Der US-amerikanische Hinterhof?“ Ingrid El Masry: „Die islamische Welt - Kampfplatz der Imperialismen?“ Debatte: Klaus Dräger, Nicos Kotzias, Sylvia-Yvonne Kaufmann (Angefragt), Armando Fernández Steinko „Die EU als positiver Referenzpunkt für die Linke?“ Kontakt: Prof. Rainer Rilling, Universität Marburg / Rosa Luxemburg Stiftung rilling@rosalux.de oder 03044310129

• **Euroimperialism?** Workshop der RLS auf der 22. Socialist Scholars Conference <http://www.socialistscholars.org/> in New York am 12.-14. März 2004. Es nehmen teil Frank Deppe (Marburg) Dorothee Bohle (Harvard / Budapest), Peter Gowan (London), Jan Kavan (President of the Fifty-seventh Session, of the United Nations General Assembly, Former Deputy Prime Minister and former Minister of Foreign Affairs of the Czech Republic), Martin Schain (New York University), Jörg Huffscheid (Bremen); Bill Hartung (World Policy Institute) John Mason (William Paterson University).

• **Im Schatten des Imperiums II: Europa**. Die Villa Rosso 2004 - die zweite Ferienakademie der Stiftung GegenStand in der Villa Palagione bei Volterra - befasst sich vom 14.-21.8.2004 mit Europa und seinen imperialen Dimensionen. Teilnehmen werden u.a. Klaus Dörre, Hans-Jürgen Bieling, Dorothee Bohle, Klaus Dräger, Gerd Wiegand, Ingrid Lohmann, Hans-Jürgen Krysmanski, Karen Schönwälder, Hans-Jürgen Urban; nähere Informationen und Kontakt unter <http://www.rainer-rilling.de/gs-villa04.htm>